Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
44 (1930)

157 (9.7.1930)

urn:nbn:de:gbv:45:1-571450

Visual Library

44. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat für Abholer von der Expedition (Peterstraße 76) 2.30 Reichsmark, frei Haus und durch die Post bezogen für den Monat 2.70 Reichsmark.

Republik

Preis 15 Pfennig

Anzeigen: mm-Zeile oder deren Raum für Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend 12 Pfennig, Familienanzeigen 10 Pfennig, für Anzeigen auswärtiger Interenten 25 Pfennig. Reklamen: mm-Zeile lokal 40 Pfennig, auswärtige 65 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Platzvorschriften unverbindlich.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland.

Hauptexpedition: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58 u. Nr. 109 | Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, den 9. Juli 1930 ✦ Nr. 157 | Redaktion: Peterstraße Nr. 76 Fernsprecher Nr. 58 u. Nr. 109

Dornier-Flugboot gekentert.

Fünf Personen werden vermißt, wahrscheinlich sind sie ertrunken.

Das Dornier-Flugboot der Lufthansa D. 864, das, wie gestern schon berichtet, von einem schweren Unglück betroffen wurde, hatte den Stettiner Wasserflughafen flugplanmäßig gegen 14 Uhr verlassen und blieb zunächst verschollen, da es auf der schwedischen Zwischenlandungsstation Kalmar nicht eingetroffen war. Es stellte sich später heraus, daß das Flugboot infolge eines Defektes genötigt gewesen war, bei ziemlich bewegter See 10 Seemeilen vor Bornholm niederzugehen, wo es von einem Schoner in Schlepp genommen wurde. Das Flugzeug kenterte jedoch in der Nähe des Bornholmer Hafens Rezö. Der Flugzeugführer, ein Stettiner, und ein schwedischer Passagier, die sich auf den Schoner begeben hatten, sind gerettet worden.

Das Unglück beim Abschleppen.

Der Dornier-Wal D. 864, der mit zwei Bristol-Jupiter-Motoren ausgerüstet ist, hatte vorgestern um 2 Uhr den Wasserflughafen Stettin zum Fluge nach Stockholm verlassen. Die Besatzung bestand aus dem Piloten Kuring, dem Bordmonteur Friedrich und dem Funker Tippmann, während sich unter den fünf Passagieren nur ein Deutscher, der Verwaltungsbeamte Birk aus Stuttgart, befand. Die übrigen vier waren anscheinend Schweden mit Namen Eriksson, Burkholter, Krakelsberg und Nortrop. Die Maschine meldete pünktlich um 14.30 Uhr durch Funkspruch das Verlassen des Festlandes bei Misdroy. Etwa eine halbe Stunde später hätte sie vorschriftsmäßig das Passieren Bornholms melden müssen. Dieser Funkspruch blieb aber aus, ebenso wie später die erwartete Nachricht vom Erreichen des schwedischen Festlandes bzw. der Landung in Stockholm. Nunmehr war es klar, daß das Flugboot überfällig war und von deutscher wie von schwedischer Seite wurden sofort alle Maßnahmen getroffen, um die wahrscheinlich auf den Wellen treibende Maschine zu finden. Aus Swinemünde lief sofort die dort stationierte Torpedoboots-Halbflottille aus, ebenso entsandte Schweden einige Torpedoboote und gleichzeitig wurden die im fraglichen Gebiet kreuzenden Handelsdampfer funkentelegraphisch ersucht, nach dem Flugboot Ausschau zu halten. Auch die dänischen Hafenbehörden in Bornholm wurden entsprechend informiert. Erst in den Nachtstunden traf aber in Berlin die Meldung ein, daß D. 864 von einem Motorschoner in der Nähe von Bornholm gefunden worden sei, die Maschine habe Motordefekt gehabt, sei aber im übrigen unbeschädigt und werde nach Bornholm abgeschleppt. Tatsächlich war das Flugboot erst in der siebenten Abendstunde gefunden worden.

Bei der nun einsetzenden Rettungsaktion ereignete sich jedoch das Unglück, über dessen Hergang erst später zuverlässige Nachrichten anlangten.

Gegen Abend war das Wetter über der Ostsee sehr stürmisch geworden, die Windstärke betrug schließlich etwa 9 bis 10 und es herrschte infolgedessen sehr hoher Seegang, der das Abschleppen des Wales sehr schwierig machte. Soweit sich bisher feststellen läßt, ist die Maschine schließlich, als sie schon im Schlepp lag, von einer Welle so unglücklich gepackt worden, daß sie bei dem

gleichzeitigen Anziehen des Schleppers kopfüber ins Wasser ging und kenterte.

Ueber das, was sich dann weiter ereignete, fehlen nun noch zuverlässige Nachrichten. Fest steht, daß der Motorschlepper drei der Insassen gerettet hat, und zwar den Piloten Kuring, den Bordmonteur Friedrich und den Schweden Eriksson. Diese drei liegen zurzeit im Krankenhaus in Rezö auf Bornholm und sind wohlauf. Laut telephonischer Meldung des Flugzeugführers an die Deutsche Lufthansa sollen zwei weitere Insassen von einem in der Nähe befindlichen Dampfer gerettet worden sein, und schließlich heißt es noch, daß die übrigen drei von einem holländischen Motorschoner aufgenommen worden seien.

•

(Hamburg, 9. Juli. Radiodienst.) Von den seit dem Unglück des in Stettin stationierten Dornier-Wal-Flugbootes vermißten fünf Passagieren des Flugzeugs fehlt bisher noch jede Spur. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die fünf Menschen ein Opfer des Unglücks geworden sind und in den Wellen der Ostsee den Tod gefunden haben. Die Bemühungen um die Vermißten werden jedoch fortgesetzt.

Zusammenstoß in der Luft.

(Meldung aus Paris.) Am Montag war in Bizerte eine Eskadrille von Wasserflugzeugen aufgestiegen, um Schießübungen mit Maschinengewehren durchzuführen, für die als Ziel Segelflugzeuge verwendet wurden, die von anderen Maschinen ins Schlepptau genommen worden waren. Bei einem plötzlichen Manöver stieß eines der Flugzeuge, in dem sich drei Personen befanden, mit einem Segelflugzeug zusammen und stürzte ab. Der Führer versank mit der Maschine in den Fluten des Mittelmeeres, während sich der Beobachter, ein Marineoffizier, durch Abspringen mit dem Fallschirm retten konnte. Der Bordmonteur konnte von einem Dampfer mit schweren inneren Verletzungen geborgen werden.

„Immertreu" auf Urlaub.

Düsterförde erhielt hohen Besuch aus der Unterwelt. — Der Einmarsch mit den Bräuten. — Der „Vertrag" mit dem Hotelier. — Erholung von der Straßenschlacht.

Berliner Brief.

Der kleine Kurort Düsterförde bei Neustrelitz bekam dieser Tage ganz besonderen Besuch. An einem schönen Sommernachmittag erschienen im vornehmsten Hotel des Ortes etwa 30 Männer und Frauen und ließen sich eine Zimmerflucht reservieren. Nach dem Dialekt zu urteilen, waren die freudig begrüßten Gäste Berliner. Die Herren, recht elegant, anscheinend durchaus wohlhabend, fielen allerdings durch ihre etwas sehr geräuschvollen und übertrieben zur Schau getragenen „guten Manieren" auf. Sie rauchten nur die dicksten Zigarren und unterhielten sich, wenn sie unter sich waren, in einem nicht sehr verbreiteten Jargon, wie man ihn in den Hehlerkneipen der Münzstraßen- und Schlesischen-Bahnhof-Gegend in Berlin zu sprechen pflegt. Die Damen, die sie mit sich führten, waren von jenem Wochenendtyp, der in diesen Kreisen große Mode geworden zu sein scheint: unverbindliche Stundenbräute im Auswahlsortiment.

•

Dem Hotelier aber blühte eine ganz besondere und höchst erfreuliche Ueberraschung. An sein Kontor klopfte am Tage nach der Ankunft der 30 Berliner Gäste ein würdiger, seriöser Herr, mit Brille und bürgerlichem Vollbart und stellte sich als Vertrauensmann der 30 neuen Gäste vor. Der Herr im Bart machte dem Wirt einen Vorschlag, der immerhin sehr originell war. Nachdem er ihm mitgeteilt hatte, daß er die Ehre habe, im Namen des Berliner Ringvereins „Immertreu" zu sprechen, übergab er ihm die gesamte Reisekasse in Höhe von 2000 Mark mit der Bitte, die dreißig Immertreuen solange zu verpflegen und zu beherbergen, wie dieses Geld reiche. Nach Verbrauch der Summe solle er sie ohne ganz falsche Sentimentalität und ohne Wimperzucken auf die Straße werfen. Der Hotelier nahm die 2000 Mark an sich, drückte dem würdigen Kavalier freundschaftlichst die Hand und versprach ihm, daß er ganz nach den Intentionen des braven Vereins „Immertreu" handeln werde.

•

In Düsterförde hatte sich die Ankunft der illustren Berliner Gäste blitzschnell herumgesprochen. Nicht nur die Mitbewohner interessierten sich sehr für die muskulösen Herren in eleganter Sommertoilette, die fast sämtlich wie angehende Schwergewichtsmeister aussahen und einen starken Drang hatten, ganz unter sich zu bleiben. Als man den Versuch machte, die Prominenten von „Immertreu" zu intervenieren und sozusagen nach ihren Berufsplänen für die nächste Zeit zu befragen, stießen die Neugierigen auf eine Mauer des Widerstandes. Die Herren mit den breiten Nacken und dem etwas finsteren, lauernden Zug im forschenden Auge, blieben höflich, antworteten jedoch gänzlich unverbindlich und voller Mißtrauen. Sehr ängstliche Leute in Düsterförde aber haben jetzt Geld und Wertsachen unter doppelten Verschluß getan, die ganz Schwachnervigen wollen sich Sicherheitsschlösser an den Wohnungstüren anbringen lassen. Warum eigentlich nur?

•

Die „Immertreu" sind berühmte Leute, denn, um es kurz heraus zu sagen, im Reigen der Berliner Verbrechervereine, die in einem Ring zusammengeschlossen sind, stellen sie unbedingt die Stars der Branche dar. Sie beherbergen in ihren Reihen fast ausnahmslos nur Routiniers der dunklen Zunft — Anfänger haben bei diesen Fachleuten nichts zu tun. Sie verfügen über eine hervorragend gut gefüllte Kasse und nehmen von ihren Mitgliedern ein eminent hohes Beitragsgeld, das von den treuen Anhängern auch anstandslos und mit wirklicher Freude an der guten Sache bezahlt wird. In Berlin ist der Verein „Immertreu" geradezu unheimlich bekannt, vor einiger Zeit hat es sogar einen großen Prozeß gegen diese Elite der sogenannten Unterwelt gegeben.

•

In ihrem Zunftlokal in der Breslauer Straße am Schlesischen Bahnhof saßen eines Abends ein paar Zimmerleute friedlich beim Glase Bier zusammen. Das mit dem „friedlich" will nicht so ganz wörtlich genommen sein. Es war in dieser Gegend der Kaschemmen und Zuhälterkneipen sehr dicke Luft, einige Zimmerleute waren mit einem „Immertreu"-Kavalier in Streit geraten und hatten ihn dabei mächtig verdroschen. Auch das Messer spielte, wie üblich, bei diesem handgreiflichen Disput eine gewichtige Rolle. Von „Immertreu" war bekannt, daß er nicht mit sich spaßen läßt. Es gibt in diesen Ringvereinen ein ungeschriebenes Gesetz der Blutrache, nach dem auch diese Affäre beglichen wurde. Kurz vor Mitternacht fuhren vor dem Zustlokal der Zimmerleute eine größere Anzahl Autodroschken vor, aus denen ca. 70 mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffnete „Immertreu"-Mannen herausstürzten. In der Kneipe kam es zu einer wilden Schießerei, eine ganze Anzahl Schwerverletzter blieben auf dem Schlachtfeld zurück. Als die Polizei auf dem Kampfplatz anlangte, war die Wirtschaft ein Trümmerfeld.

•

Ueber die denkwürdige Schlacht am Schlesischen Bahnhof ist inzwischen Gras gewachsen. Der Verein „Immertreu" erholt sich von seinen Strapazen im idyllischen Ländchen Mecklenburg-Strelitz auf der Sommerfrischenfahrt. Wenn die 2000 Mark, die der würdige Vertrauensmann dem Düsterförder Hotelier überreicht hat, verbraucht sein werden, wird sich der unverwüstliche Verein zu neuem Schaffen in die Gegend rund um den Schlesischen Bahnhof zurückbegeben. Vorerst aber, im Kurort Düsterförde, ist alles friedlich. Die starknackigen Herren mit den dicken Reisezigarren wandern erholungsbeflissen mit den Wochenendbräuten durch den Ort. Die Düsterförder bestaunen sie und freuen sich dieser kriminell unwitterten Sensation.

Brünings Verhandlungen.

Eine Mehrheit noch zweifelhaft.

(Berlin, 9. Juli. Radiodienst.) Der Reichskanzler empfing gestern abend den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Dr. Scholz hat Brüning nochmals einige Hauptforderungen und Anregungen der Volkspartei vorgetragen, zu denen sich der Reichskanzler zurückhaltend äußerte und auf die Stellungnahme der Parteiführerbesprechung verwies. Da eine Verständigung der Kreise der Regierung stehende Parteien erfolgt ist, ist die Regierung Brünig, wie es auch in der Unterredung Scholz-Brüning zum Ausdruck kam, eine große Sorge losgeworden. Diese Verständigung sichert der Regierung jedoch noch keineswegs eine Mehrheit. Das Bedürfnis, diese Mehrheit eventuell nach links zur Opposition hin zu erweitern, scheint die Regierung nach der Auffassung des Soz. Pressedienstes nicht zu haben. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die deutschnationale Fraktion für die meisten Vorlagen stimmen wird und daß man die Mehrheit durch Abwesenheit der Abgeordneten erreicht, so daß dann das Deckungsprogramm mehr mit Glück als Verstand durchkommt.

•

(Berlin, 9. Juli. Radiodienst.) Da der Steuerausschuß des Reichstages erst am Donnerstag die Beratung der Deckungsvorlagen beginnt, steht der heutige Mittwoch noch den weiteren Verhandlungen der Regierungsparteien zur Verfügung. Im Laufe des Nachmittags tritt die Reichsregierung zusammen. Die entscheidenden Fraktionssitzungen sind daher für den Abend zu erwarten.

Autobus vom Zug zertrümmert

Ein Toter und vier lebensgefährlich Verletzte.

(Brandenburg, 9. Juli. Radiodienst.) Gestern abend wurde ein Kraftomnibus in der Nähe von Großkreutz von einem Zuge erfaßt und zertrümmert. In dem Auto befanden sich 16 baltische Studenten, von denen einer getötet und vier lebensgefährlich verletzt worden sind. Das bedauerliche Unglück ereignete sich an einem ungeschützten Uebergang der Lehniner Kleinbahn.

Die Rache der Neunjährigen.

Die Explosion einer Feuerwerkskörperfabrik in Neptune im Staate Neujersey, durch die, wie gemeldet, drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden, ist, wie sich jetzt herausstellt, auf den Racheakt einer Neunjährigen zurückzuführen. Die Tochter des Fabrikbesitzers war, um sich dafür zu rächen, daß ihre Mutter ihr fünf Cents verweigert hatte, eine angezündete Rakete in eine Werkstatt. Bei dem entstandenen Brand kamen das Mädchen und zwei andere Familienangehörige ums Leben. Die Mutter des Kindes wurde schwer verletzt. Ein Kind wird noch vermißt. Nur der Umstand, daß am Sonntag sich keine Arbeiter in der Fabrik befanden, ist es zu danken, daß die Tat des Kindes nicht noch mehr Opfer an Menschenleben gefordert hat.

Beutezug einer Hotel-Ratte.

Entwendet Schmuck im Werte von 400 000 Mark in einem Karlsbader Luxushotel.

(Meldung aus Prag.) Wie aus Karlsbad berichtet wird, wurde in den frühen Morgenstunden im Hotel Imperial ein verwegener Einbruch verübt, wobei Schmuckgegenstände im Werte von 3 Millionen Tschechokronen (ungefähr 400 000 Mark) abhanden gekommen sind. Ein Fassadenkletterer drang in die Zimmer der in Karlsbad zur Kur weilenden Mrs. Claire Hyman aus Chikago ein und entwendete ein Perlenkollier, bestehend aus 91 großen, echten Perlen, im Werte von 92 000 Dollar, einen Platinring mit einem großen Brillanten und mehrere kleinere Brillanten im Werte von 4500 Dollar. Die Gesamtbeute, die dem Einbrecher in die Hände fiel, repräsentiert somit einen Wert von 96 500 Dollar.

Die Polizei nahm sofort die Nachforschungen auf. Einzelne Hotelgäste behaupten, in der Nacht einen fremden Mann beobachtet zu haben, der sich verdächtig benahm. Auf Grund der Angaben verfolgt die Polizei eine bestimmte Spur. Sie hat auch schon die ausländischen Behörden verständigt, da man glaubt, daß der Täter über die Grenze entflohen ist. Der vermutliche Täter soll als Gast im Hotel logiert haben.

Die Paratyphuserkrankungen im Elisabeth-Hospital in Darmstadt haben ein weiteres Opfer gefordert. Im ganzen hat die Epidemie bis jetzt vier Tote gefordert. Die Nachforschungen nach der Ursache der Epidemie haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Landesbibliothek Oldenburg

Gestriger Reichstag.

Kritik am Finanzprogramm.

(Bericht aus Berlin.) Auf der Tagesordnung des Reichstags stand der Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. von Sybel (Chr. Nat. Vpt.) wies für seine Partei die Auffassung zurück, als ob sich der Reichstag bei der Beurteilung der Finanz- und Steuerpolitik in Interessentengruppen auflöse. Der Redner verlangte, daß die Einführung des Verwaltungskostenbeittrages noch vor der Sommerpause beschlossen werde. Statt der Reichshilfe sollte man an eine gleichmäßige Senkung aller Gehälter und Löhne herangehen.

Abg. Dr. Cremer (DVP.) trat für eine Umgestaltung der Finanzverwaltung mit dem Ziele einer übersichtlicheren Gestaltung und einer Entlastung des Reichsfinanzministers ein. Auch wesentliche Ersparnisse könnten auf diese Weise gemacht werden. Der Redner stimmte dem Minister darin zu, daß gewisse Reserven angesammelt werden müssen. Die Osthilfe müsse im engen Zusammenhang mit den Deckungsvorlagen behandelt werden. Man könne die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung nicht ins Ungemessene erhöhen. Die indirekte Besteuerung finde ihre Grenze in dem Konsumrückgang.

Der Redner verlangte, daß die Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit dem Haushalt gelöst werde. Die Reichshilfe sei ein Umweg, der den Eindruck erwecke, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeige. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspringe der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß die Reichsregierung eine ehrliche Verständigung mit einer Reichstagsmehrheit suchen werde.

Abg. Colosser (Wpt.) wies darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Besteuerung der sogenannten Genußmittel nicht mehr möglich sei. Ein Pensionskürzungsgesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angespannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angepackt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein bescheidener Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) bedauerte, daß der Reichsfinanzminister nur die Regierungsvorlage verteidigt und kein Sanierungsprogramm auf längere Sicht vorgetragen habe. Eine Behebung der Finanznot des Reichs sei nicht möglich ohne eine gleichzeitige Wirtschafts- und Finanzreform. Vor allem sei eine Preissenkungsaktion notwendig. Wenn die Preissenkung durchgeführt sei, dann könne auch eine Lohnsenkung erfolgen. Dann werde auch die Beamtenschaft bereit sein, Opfer zu bringen. Die Kapitalflucht sollte zukünftig in jeder Form als ein Verbrechen am deutschen Volke öffentlich gebrandmarkt werden. In allen Steuererklärungen sollte man eine eidliche Erklärung verlangen, wo und wieviel Kapital im Ausland angelegt ist. Den vorliegenden Deckungsgesetzen stehe die demokratische Fraktion außerordentlich kühl gegenüber. Ein Beamten-Notopfer sei nur möglich, wenn es eingeordnet werde in ein allgemeines Opfer. — Die Weiterberatung wurde dann auf Mittwoch vertagt.

•

In der heutigen Vollsitzung, die wieder um 3 Uhr nachmittags beginnt, wird zunächst die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums abgeschlossen. Dann werden das Protzgesetz und das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat erledigt.

•

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages begann heute vormittag die Beratung der Novelle zur Krankenversicherung. Die Novelle zur Arbeitslosenversicherung ist bis auf die Beitragserhöhung durchberaten. Hier hat die Volkspartei Sonderwünsche. Auch die Arbeiten der übrigen Ausschüsse des Reichstages schreiten rüstig vorwärts, so daß ein Teil der noch vor der Sommerpause zu erledigenden Gesetze in den nächsten Tagen vor das Plenum des Reichstages kommen wird.

Gewerkschaftsinternationale tagt.

(Bericht aus Stockholm.) Am Montag wurde der Internationale Gewerkschaftskongreß im Stockholmer Konzerthaus eröffnet.

240 Delegierte aus Deutschland, Belgien, Kanada, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Lettland, Luxemburg, Holland, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn nahmen an der Eröffnungssitzung teil.

Jouhaux eröffnete im Namen des Vorstandes des IGB. an Stelle des erkrankten Präsidenten Citrine den Kongreß. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Arbeit des IGB. seit der Wiederaufrichtung des Bundes im Jahre 1919 in Amsterdam, sowie eine Zusammenfassung der auf dem Stockholmer Kongreß zur Verhandlung stehenden Probleme.

Im Anschluß an die Eröffnungsrede Jouhaux begrüßte der Vorsitzende der schwedischen Landesorganisation Johannson im Namen der schwedischen Arbeiterschaft die Delegierten und Gäste des Kongresses.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Dienstag.

•

(Stockholm, 9. Juli. Radiodienst.) Zu Ehren des Kongresses der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale gab gestern abend die Stadt Stockholm ein Bankett. Es wurden vom Vorstand der Internationale und der Stadtleitung beiderseitig Glückwunschreden gehalten. — Der Kongreß setzte im Verlauf des gestrigen Tages zwei Ausschüsse zur Vorbereitung der wichtigsten Fragen ein. Heute vormittag wurde die Aussprache über den Geschäftsbericht fortgesetzt.

Starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in England.

Wie das englische Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien und Wales in der am 30. Juni beendeten Woche 1 890 600; das sind 75 258 mehr als in der Vorwoche und 748 218 mehr als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres.

Großes Sparprogramm Preußens.

(Meldung aus Berlin.) Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, bereitet die preußische Staatsregierung ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Staatsrat und dem Landtag als Gesetz vorgelegt werden soll. Es verlautet, daß u. a. eine Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landgerichten vorgesehen ist. Außerdem sollen etwa 50 Landkreise und drei Regierungspräsidenten aufgehoben werden.

Am Gaskocher verbrannt.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich in der Wohnung des Kaufmanns Rothschild in der Burggrafenstr. in Berlin. Die 63jährige Haushälterin Marie Uhlefelder war dem Gaskocher zu nahe gekommen, so daß ihre Kleider von der Flamme erfaßt wurden. Die alte Frau, die lichterloh brannte, schrie entsetzt um Hilfe. Als Hausbewohner ihr Decken überwarfen, hatte sie bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie bei der Einlieferung ins Rixdorfer Krankenhaus starb.

Urteil im Schuberth-Popp-Prozeß.

(Meldung aus Bayreuth.) Die beiden Arbeiter Friedrich Schuberth und Heinrich Popp sind schuldig je eines der Mittäterschaft ausgeführten Versuches eines Verbrechens des besonders schweren Raubes. Schuberth wird zu 6 Jahren Zuchthaus, Popp zu 4 Jahren, sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide haben die Kosten zu tragen. Wegen der Niedrigkeit der Gesinnung, der das Verbrechen entsprang, wird auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt und wegen der Gemeingefährlichkeit auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Freitod eines Großindustriellen.

In einem Zustand schwerer nervöser Depression hat der Fabrikdirektor und Stadtverordnete Franz Herrmann, von der Lederfabrik A.-G. Franz Herrmann in Erfurt, seinem Leben ein Ende gesetzt. Der Bestand der Fabrik soll in keiner Weise gefährdet sein. Der Status sei mit nahezu 1 Million Mark Aktien. Der Grund zu der Tat soll allgemeine Entmutigung über die Ertragslosigkeit der Lederwirtschaft sein.

Neue Ausschreitungen in Trier.

(Trier, 9. Juli. Radiodienst.) Gestern abend kam es hier wiederum zu Ausschreitungen gegen frühere Separatisten. Ein Zigarrenladen und zwei Kaufhäuser waren das Ziel der Angriffslust. Die Polizei rückte mehrmals mit Ueberfallkommandos aus und nahm einige Verhaftungen vor. Gegen Mitternacht griffen die unbedachten Patrioten eine außerhalb der Stadt gelegene Villa eines Kaufmanns an und zertrümmerten in ihr bis zum Eintreffen der Polizei Einrichtungsgegenstände.

Blutige Unruhen in Kairo.

Bei einer Versammlung ägyptischer Nationalisten kam es in Kairo zu schweren Unruhen. Das Automobil des früheren Premierministers Nahas Pascha durchbrach die Absperrung der Polizei und wollte auch die militärische Absperrung durchbrechen, wurde jedoch durch die Bajonette aufgehalten. Die Truppen gaben eine Salve ab, durch die mehrere Personen getötet wurden.

Arbeitsbeschaffungsprogramm

310 Millionen Einnahmerückgang der Reichsbahn. 222,7 Millionen Reichspost-Gewinn.

(Meldung aus Stuttgart.) Am 7. und 8. Juli 1930 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Stuttgart. Der Verwaltungsrat stimmt der Reichsregierung bei, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft, wie der mit dieser eng verknüpften Reichsbahn selbst, eine möglichst wirksame Förderung der Arbeitsgelegenheit durch die Reichsbahn geboten ist. Sobald diese Mittel geschafft sind, sollen die Aufträge erteilt werden.

Auch in der letzten Zeit ist die Einnahmeentwicklung der Reichsbahn ungünstig gewesen. Von Januar bis Juni 1930 sind die Betriebseinnahmen um rund 310 Millionen Mark hinter den vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Um so dringlicher ist zu erwarten, daß die Reichsregierung im Sinne des bekannten Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrates neben der noch ausstehenden Genehmigung der beantragten Personentariferhöhung weitere Wege zu der unbedingt nötigen dauernden Verbesserung der Betriebsrechnung der Reichsbahn findet. Aus diesem Grunde hat der Verwaltungsrat die Frage der Gütertariferhöhung zunächst weiter vertagt.

(Meldung aus Berlin.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Schätzel gab bekannt, daß die Younganleihe bis jetzt rund 80 Millionen gebracht habe. Das Endergebnis des Jahres 1929 ist ein Gewinn von 222,7 Millionen, wovon das Reich insgesamt 151,5 Millionen erhielt. Die Jahresnachweisung wurde vom Verwaltungsrat genehmigt. Dann beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit einem Nachtrag zum Haushalt für 1930.

Im Verlaufe der Aussprache über den Nachtragshaushalt, der Personalfragen betrifft, erklärte Reichspostminister Dr. Schätzel, daß sein Erlaß gegen die radikale Agitation die Koalitionsfreiheit der Beamten nicht beeinträchtige.

Der Nachtragshaushalt wurde genehmigt. Des weiteren beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost. Es wurde mitgeteilt, daß die Reichspost jetzt für 200 Millionen Mark Aufträge herausgeben werde. Dabei soll ein Preisnachlaß von 10 v. H. und die Einstellung neuer Arbeitskräfte bei der Industrie erreicht werden. Der Reichspostminister kündigte ferner eine Verordnung der Reichsregierung an, wonach für diese Aufträge nur inländische Rohstoffe verwendet werden dürfen. — Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch vertagt.

Wirbelsturm vernichtet Flughafen.

Der Lyoner Flughafen in Trümmern. — Sechs Flugzeuge schwer beschädigt.

Die Unwetterwelle hat in Südfrankreich ungeheuren Schaden angerichtet. In Lyon verwandelte ein Wirbelsturm in 10 Minuten den Flughafen in eine Trümmerstätte. Mehrere Schuppen stürzten zusammen. Sechs Flugzeuge wurden schwer beschädigt.

Schwere Unwetter über Südslawien.

(Belgrad, 9. Juli. Radiodienst.) In Südslawien wurde durch schwere Unwetter gestern großer Schaden angerichtet. In der Stadt Serajewo und deren Umgebung sind viele Häuser zerstört und Personen verletzt worden. Auch die berühmte Sultansmoschee wurde hier beschädigt. Die Ernte fiel größtenteils dem Unwetter zum Opfer.

Erdbebenwelle in Indien.

Während der letzten 24 Stunden haben sich 15 Erdbeben in Shillong, Cherrapunge und anderen in der Erdbebenlinie liegenden Orten in Assam ereignet. Zahlreiche Häuser wurden zerstört, Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

„Graf Zeppelin" auf der Nordlandfahrt.

Gestern nacht aufgestiegen.

(Friedrichshafen, 9. Juli. Radiodienst.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute nacht kurz nach 12 Uhr zur Nordlandfahrt unter Führung von Dr. Eckener aufgestiegen. Das Luftschiff wird in geradem Kurs über die Nordsee auf die Südspitze von Norwegen zufliegen und dann an der Küste entlang bis hinauf nach Hammerfest und zum Nordkap fahren. Ob auch Spitzbergen besucht wird, hängt von der Wetterlage ab. Die Fahrt soll drei Tage dauern.

Nachterstedter Mörder gefaßt?

Vor mehr als einem halben Jahre wurde in Nachterstedt der Bergwerksdirektor Kramer aus dem Hinterhalt in seinem Garten erschossen, als er im Begriff war, einen ihm befreundeten Arzt aus der Nachbarschaft am Tor seines Grundstücks zu empfangen. Obwohl mehrere amtliche Kriminalstellen mit der Aufklärung der Mordtat beschäftigt waren, gelang es nicht, den Täter zu ermitteln. Auch Auslobungen im Betrage von 11 000 RM. führten nicht zur Verhaftung des Mörders. Vor kurzem wurde die polizeiliche Untersuchung eingestellt. Gestern früh wurde in Nachterstedt der Heilgehilfe Otto Koch auf Anzeige seiner Frau hin verhaftet. Die beiden Eheleute hatten einen Streit, in dessen Verlauf die Frau ihren Mann des Mordes bezichtigte. Die Vernehmung des Mannes hat bereits begonnen, doch leugnet der Verhaftete einstweilen die Tat.

Bei neuerlichen Unruhen in Mansura wurden acht Personen getötet und über hundert verletzt.

Unsere tägliche Erzählung:

Der Persianermantel.

Von

Otto Schwerin.

Nachdruck verboten.

Die elegante Kundin wiegte sich, vor dem großen Kristallspiegel stehend, leicht in den Hüften.

„Der Mantel gefällt mir", erklärte sie. „Was ist der äußerste Preis?"

Herr Themistokles Andricopoulo, der Mitinhaber des Pelzhauses Steiner u. Andricopoulo hob wie beschwörend die Arme in die Höhe, so daß die Handflächen nach Innen standen.

„Meine Gnädigste", sagte er, „fünfzehnhundert Mark ist der billigste, der allerbilligste Preis. Persianerklaue, mit Chinchillakragen, mehr, gnädige Frau, brauche ich doch wirklich nicht zu sagen." Er streifte die Kundin mit einem bewundernden Blick. Wie angegossen saß der Prachtmantel auf der hohen schlanken Gestalt. „Wir sind jetzt noch in der Vorsaison, im Winter werde ich das gleiche Stück unter 200 Mark nicht abgeben können."

Beinahe ein wenig unvermittelt drehte sich die Kundin um.

„Gut!" sagte sie, „ich kaufe den Mantel."

Dann entnahm sie ihrer Handtasche zwei funkelnagelneue 1000-Markscheine, die der dienernde Händler zusammenfaltete, um sofort zur Kasse zu gehen.

Die Kundin nahm Platz.

„Packen Sie den alten Mantel bitte ein," sagte sie, „ich behalte den Persianer gleich an."

Einige Minuten vergingen, ruhig saß die Kundin auf ihrem Stuhl und betrachtete ihre schlanken Beine, die bis zur Hälfte der Wade in krimmerbesetzten schwarzen, glänzenden Ueberschuhen steckten. Dann erhob sie sich und ging zur Kasse.

„Ich bekomme noch 500 Mark zurück," sagte sie ein wenig von oben herunter."

Der Pelzhändler, der im Kassentaum neben seiner jungen blonden Kassiererin stand, wurde ein wenig verlegen. „Verzeihung," sagte er, „ich — — habe die Scheine weggeschickt. —"

„Weggeschickt?!" wiederholte die Kundin und schien nicht ganz zu verstehen.

Der Händler fuhr in seiner Entschuldigung fort. „Man liest eben so viel von Falschgeld — nicht nur in meinem — auch in Ihrem Interesse, gnädige Frau, glaubte ich, daß eine Prüfung der Scheine durch einen Fachmann nicht schaden könnte."

Die Dame richtete sich steif auf.

„Das ist eine grenzenlose Unverschämtheit," erklärte sie äußerlich vollkommen ruhig, aber mit leicht vibrierender Stimme. Dann streifte sie gelassen den Persianermantel wieder ab, legte ihn vorsichtig auf den Tisch, und sagte: „Sie werden verstehen, daß ich auf Grund des doch zu unverhohlen gezeigten Mißtrauens auf das Geschäft verzichte. Ich bitte um die Rückgabe meiner Scheine."

Der Pelzhändler schien vollkommen geschlagen. Er erschöpfte sich in Entschuldigungen, fand aber nicht die geringste Beachtung. Da betrat der Hausbursche der Firma den Laden. Er überreichte dem Chef die zwei Tausendmarkscheine.

„Der Direktor der Depositenkasse", sagte er leise, „hat die Scheine selbst genau untersucht. Sie sind echt."

Andricopoulo strahlte.

Aber auch die Kundin hatte die letzten Worte anscheinend verstanden. Sie erhob sich würdevoll, trat auf Herrn Andricopoulo zu, und nahm ihm die beiden Scheine ab.

„Ich danke für Ihre Bemühungen. Dort liegt Ihr Mantel. Guten Morgen!"

Bei diesen Worten steckte sie die Kassenscheine in ihre Handtasche und ging zur Tür. Aber schneller als sie war der Händler.

„Nochmals tausendmal Verzeihung, meine Gnädige. In meiner Vorsicht dürfen Sie kein Mißtrauen erkennen."

„Ich danke, ich will den Mantel nicht mehr."

„Gnädige Frau, ich würde mir wochenlang Vorwürfe machen nicht allein wegen des entgangenen Geschäfts, sondern das Bewußtsein, Sie gekränkt zu haben, wäre mir schmerzlich. Ich wäre auch, um Sie zu versöhnen, zu einem ganz besonderen Entgegenkommen bereit. Ich würde Ihnen den Mantel um hundert Mark billiger überlassen. Bitte, gnädige Frau, tragen Sie mir die Sache nicht nach!"

Und schon hatte Herr Andricopoulo den Persianer wieder geholt und half der immer noch ein wenig widerstrebenden Kundin, ihn anzulegen.

„Darf ich Sie bitten, gnädige Frau, an der Kasse die restlichen 600 Mark in Empfang zu nehmen."

Die Dame schien schon halbwegs versöhnt. Mit einem feinen Lächeln und einem kurzen Blick in das erregte Gesicht des Geschäftsmanns, öffnete sie erneut ihre Tasche und zog die beiden Tausendmarkscheine.

„Na schön", meinte sie. „Packen Sie meinen alten Mantel gut ein."

Dann strich sie das Wechselgeld, 600 Mark, gelassen ein und ging zur Tür, von dem dienernden glücklichen Pelzhändler bis ans Auto begleitet.

Dieses fuhr sofort an, und nahm, auf Umwegen, die Route nach dem Bahnhof.

Im Wartesaal erhob sich bei ihrem Eintritt ein junger, mit vornehmer Eleganz gekleideter Herr.

„Donnerwetter!" rief er leise. „Verdammt feine Kluft, die du dir da geleistet hast!"

Die Ausdrucksweise, auch die Antwort der Frau, paßte nicht ganz zu dem Aeußern der beiden.

Sie sagte lachend: „Die feine Schale wird bei unserm nächsten Coup die besten Dienste leisten. Wir fahren sofort ab und probieren den gleichen Trick bei dem Juwelier Hahn."

Dann öffnete sie ihre Handtasche, die drei Fächer enthielt.

„Hier, lieber Alfons!" sagte sie leise, „sind 600 Emmchen die ich zu dem Mantel noch verdient habe, bitte nimm sie unauffällig an dich. Hier im Fach stecken die beiden echten Tausender, nun bitte ich nur, mir wieder zwei falsche Scheine in dieses dritte Fach zu stecken."

Lachend nahm der Mann die Handtasche und verließ Arm in Arm mit seiner Geführtin den Bahnhof.

Am kommenden Morgen warnte der Polizeibericht der Großstadt vor einem Schwindlerpaar, das mit einem ganz neuen Trick vorzüglich imitierte Banknoten absetzte.

Landesbibliothek Oldenburg

Jadestädtische Umschau.

Rüstringen, 9. Juli.

Gestrige Amtsgerichtsprozesse.

Der „oppositionelle Gewerkschafter".

Ja Der Maurer Sch. war aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossen worden. Als der Verband eines Abends eine Versammlung abhielt, wollte auch Sch. in das Lokal hinein. Es gelang ihm auch hinein zu kommen und als er erst da war, wollte er eine Rede schwingen. Die Satzungen des Verbandes lassen es jedoch nicht zu, daß Nichtmitglieder des Bundes in Versammlungen sprechen und Ausgeschlossene erst recht nicht. Ob Sch. das nicht wußte oder ob er um jeden Preis sprechen wollte, weiß man nicht. Fest steht, ein großer Tumult entstand. Die Wenigen, die sich zu den Anhängern der politischen Richtung des Sch. zählten, brachten es fertig, die ganze Versammlung aus dem Geleise zu bringen. Bei dieser Sache fielen Ausdrücke, die der Versammlungsleiter K. als schwere Beleidigung auffaßte und die ihn veranlaßten, gegen Sch. den Klageweg zu beschreiten. Einer der Zeugen erklärte nun gestern mit aller Entschiedenheit, daß Sch. in jedem zweiten Satz mindestens ein grobes Schimpfwort gegen den Versammlungsleiter anwandte. Wieder andere Zeugen wollten überhaupt nicht gehört haben, daß Sch. einen von den angeblichen beleidigenden Ausdrücken gebraucht habe. Von den zehn Zeugen konnten aber drei ganz bestimmt gegen Sch. auslagen. Im übrigen hätten auch andere Versammlungsteilnehmer sich an der Schimpfarie beteiligt. Sch. selbst will nichts gesagt haben. Der Vertreter des Klägers beantragte eine strenge Bestrafung des Angeklagten. — Das Gericht verurteilte den Sch. zu einer **Geldstrafe in Höhe von zehn Reichsmark.**

„Ich stehe auch ganz rechts."

Wegen Körperverletzung, Mißhandlung und Beleidigung hatte sich J. zu verantworten. Er hatte es auf den Sohn des Klägers M. abgesehen und diesen hartnäckig verfolgt. Der Junge ist jetzt 15 Jahre und war damals, als die Dinge passierten, knapp 14 Jahre alt. In der Werftstraße soll der Angeklagte den jungen M. eines Tages getroffen haben. Da sollen J. und seine beiden Kinder dem Jungen „Stahlhelmbanause" und andere Schimpfworte zugerufen haben. Das faßte der Vater des M. als Beleidigung auf. Ferner soll J. auf dem Banter Weg, als der junge M. auf einem Fahrrad an ihm vorbeigefahren ist, versucht haben, ihn zu verfolgen. J. soll zu diesem Zweck ein paar Lehrlinge, die mit Fahrrädern von der Arbeit kamen, aufgefordert haben, ihm ein Rad zu leihen, er wolle hinter dem Jungen her. Als die jungen Leute das ablehnten, überredete er einen der Lehrlinge, hinter M. herzufahren und ihm eine ins Gesicht zu schlagen. An einem andern Tage bekam J. den Jungen zu fassen, und war auf dem Platz vor dem Gewerkschaftshaus. Hier stand M. mit seinem Fahrrad. J. ging direkt auf ihn zu und schlug den Jungen mit seinem Handstock über den linken Arm. Der Junge lief fort in die Menschenmenge, die sich schnell zusammengefunden hatte. Ein Beamter der Schutzpolizei stellte auf Betreiben des J. nachher die Personalien der Beteiligten fest. Dem Vater des M. wurde nun die Geschichte zu bunt und er verklagte den J. Mehrere Zeugen, unter anderen auch die Lehrlinge, sollten gestern über die Vorfälle Auskunft geben. J. erklärte, der Junge habe ihn mit dem Vorderrad angefahren. Darauf habe er ihn leicht mit dem Stock geschlagen. Außerdem habe der Junge zu ihm „Pack, Lumpenpack" usw. gesagt. Zu den Vorgängen in der Werftstraße, wo er den Jungen mit „Stahlhelmbanause" tituliert haben solle, könne er nur sagen, daß dies nicht stimme. „Ich stehe selbst ganz rechts", meinte er. Das glaubte ihm der Vertreter des Klägers ganz gern und er führte aus: „Der Angeklagte hat sich wie ein Held wacker gezeigt und dafür gebührt ihm ein Denkmal, an das er lange denken soll. Ich beantrage eine Gefängnisstrafe von 16 Tagen." — Das Gericht sah den Fall bedeutend milder an und sprach den Angeklagten im Falle der Beleidigung frei. Für die **Mißhandlungen muß er 50 RM. Geldstrafe** bezahlen. Der Verurteilte legte sofort Berufung ein.

Sie konnten zusammen nicht kommen . . .

Alle Vorbereitungen zur Hochzeit waren schon getroffen. Austeuer war gekauft, mit dem Möbelhändler war verhandelt worden und ein schönes neues Haus hatte der Bräutigam bauen lassen. Nun zog aber plötzlich der Vater der Braut seine Einwilligung zur Heirat zurück. Das war zuviel für die Nerven des Bräutigams und er machte seinem geladenen Herzen Luft, indem er einen geharnischten Brief an die Schwiegereltern schrieb. Er hatte mit Worten nicht gespart und die Redewendungen, die er in dem Brief gebrauchte, waren nicht gerade einem Briefsteller entnommen. Jedenfalls waren sie so derb, daß der Empfänger seinen Schwiegersohn wegen Beleidigung verklagte. Nun hatte sich der Elektroschweißer W. gestern vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. W. versuchte die Tragik der Dinge recht darzustellen. Er habe alles mögliche in Hinsicht auf die bevorstehende Hochzeit angeschafft und müsse nun einen Haufen Schulden bezahlen. Der Richter verstand ihn und machte ihm einen Vorschlag. Er solle warten, bis seine Braut volljährig sei und in der Zwischenzeit seine Schulden bezahlen. Die Beleidigung solle er zurücknehmen und an die Gerichtskasse **eine Geldbuße von 30 RM.** zahlen. Damit war denn der Verliebte auch einverstanden.

•

Krach bei den hiesigen Nazis. Wir erhalten heute brieflich die folgende Information, die wir wörtlich und ohne Kommentar wiedergeben, da sie für sich selbst spricht: „Die jadestädtische Nazi-Parteileitung hat den Ingenieur Krümpelmann wegen verschiedenen Vorkommnissen seines Schriftführerpostens enthoben. Mit ihm geht der zweite Vorsitzende Handelsschullehrer Kerwitz, bekannt durch sein Vorbeibenehmen an der Rüstringer Handelsschule. Man munkelt von Uebertritt zur Kommunistischen Partei, weil sie dort ihre Kenntnisse besser verwerten können."

Der Hafenwasserstand. Wie die Werft uns mitteilt, wird der Wasserstand im Hafenbecken heute auf 3.30 Meter gehoben und morgen wieder gesenkt werden. Am Sonnabend wird der Wasserstand erneut gehoben, um am Montag abermals gesenkt zu werden.

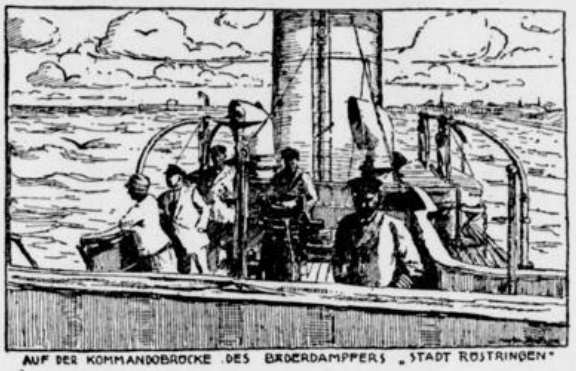
Oeffentliches Konzert am Heppenser Strand. Bei der Rüstringer Strandhalle wird am Donnerstag, abends 7.30 Uhr beginnend, wieder ein öffentliches Konzert des Musikvereins „Einigkeit" abgehalten. Der Verein hat sich der Rüstringer Badeverwaltung gegenüber verpflichtet, an jedem Donnerstagabend ein öffentliches Konzert zu geben, und zwar abwechselnd bei der Strandhalle für den Stadtteil Heppens und das Villenviertel, vor dem Rathaus für die Stadtteile Siebethsburg und Neuende, ferner auf dem Platz an der Bordumstraße (vor dem Gewerkschaftshaus) für den Stadtteil Bant. Für das morgen abend angesetzte Konzert ist folgendes **Programm** vorgesehen: 1. „Husarenfieber", Marsch von Pittrich; 2. „Leichte Kavallerie", Ouvertüre von Suppé; 3. „Dein gedenk ich", Walzer von Wiggert; 4. „Hochtsläuten", Charakterstück von Fessel; 5. „Musikalische Leuchtkugeln", großes Potpourri von Gärtner; 6. „The Royal", Dragonermarsch von Blankenburg.

Es wird gesprengt! Sprengübungen auf dem angeschwemmten Gelände bei der dritten Hafeneinfahrt unternimmt nach einer Mitteilung der Kommandantur morgen (Donnerstag) vormittags die 3. Halbflottille. Der Verkehr auf dem Deich und auf dem Badegelände wird dadurch nicht behindert.

Von den Arbeiter-Radiofreunden. Wir erhalten folgenden Bericht: Der Arbeiter-Radio-Verein hielt gestern seine Monatsversammlung ab. Die überaus gut besuchte Versammlung nahm mit großem Interesse einen sehr aufschlußreichen Vortrag des 1. Vorsitzenden über **die Entwicklung des Radiowesens** entgegen. Anschließend an den Vortrag wurde noch einmal die geplante **Ausstellung** in den Jadestädten debattiert, da man mit den Rundfunkhändlern keine Einigung erzielte. Die Ausstellung findet am 13., 14. und 15. September im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Bisher sind von den Vereinsmitgliedern 60 Geräte angemeldet. Da der Verein annähernd 100 Mitglieder stark ist, werden noch Geräte nachgemeldet. Außerdem werden Bücherstände über Funkliteratur vom Bund und vom Verlag der „Republik" anwesend sein. — Kopp der technischen Kommission wurde bekanntgegeben, daß das Laboratorium im Vereinshaus fertiggestellt sei und somit die größten Schwierigkeiten des Vereins behoben sind. Zum Schluß wurde noch darauf verwiesen, daß erstmalig in Rüstringen der Groß-Lautsprecher am Verfassungstag in Funktion trete.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Die jadestädtische Filiale des Bekleidungsarbeiter-Verbandes hat ihr **Büro jetzt in Gewerkschaftshaus** (2. Etage, Zimmer 10) verlegt. — Am kommenden Montag findet die Vierteljahrs-Generalversammlung statt.

Wettervorhersage und Hochwasser. Wetter für Donnerstag, den 10. Juli: Mäßige Winde westlicher Richtungen, wolkig bis bedeckt, strichweise Regen, etwas wärmer. — Hochwasser ist am morgigen Donnerstag um 0.45 Uhr und um 13 Uhr.



AUF DER KOMMANDOBRÜCKE DES BÄDERDAMPFERS „STADT RÜSTRINGEN"

Mit „Stadt Rüstringen" nach Spiekeroog.

d. Seine zweite diesjährige Sonderfahrt nach der kleinen Nordseeinsel Spiekeroog machte vorgestern der sonst ständig nach Wangerooge fahrende Dampfer „Stadt Rüstringen". Pünktlich um 3 Uhr früh hatten sich die gut 50 Fahrgäste eingefunden, doch erfolgte die Abfahrt erst nach 3.30 Uhr. Gegen 8 Uhr legte der Dampfer an seinem Ziele an und per Pferde-Omnibus ging es durchs Wasser an Land, wo sich die Teilnehmer bald zerstreuten.

Die vier Kilometer lange und zwei Kilometer breite Insel hat etwa 300 Bewohner und eine höhere Privatschule mit zwölf Lehrkräften und etwa 80 Schülern. Ein nur schmaler Streifen gepflasterten Weges führt neben der sehr staubigen Straße durch den Ort und war es daher bei dem starken Winde, der sich inzwischen aufgemacht hatte, in den Dünen wie auch im Orte selbst etwas ungemütlich. Am Strand herrschte während der Badezeit reges Leben. Im Gegensatz zu den meisten unserer übrigen Nordseebäder sah man hier zwischen den Fahnen und Fähnchen auch hin und wieder eine solche in den Reichsfarben. Gut war die Bewirtung in den drei Hotels im Orte. Ein sehr interessantes Bild bot gegen 6 Uhr abends das Melken der etwa 70 auf der Inselwiese grasenden Kühe, zu dem die jungen Mädchen in ihrer hellen Kleidung gemeinsam herankamen.

Um 7 Uhr holte „Stadt Rüstringen", der inzwischen mit Spiekerooger und Langeooger Fahrgästen eine Fahrt nach Helgoland gemacht hatte, seine Fahrgäste wieder ab und landete sie nach 11 Uhr wieder in der hiesigen 1. Hafeneinfahrt. Die Rückfahrt war im Gegensatz zur Hinfahrt infolge des stürmischen Wetters recht abwechslungsreich. Verschiedene der Fahrgäste mußten, ob sie wollten oder nicht, sich als seekrank erklären und die hierbei üblichen Opfer bringen!

Die Jacht Kaikai

Der Roman einer Abenteurerin

von

Hans Possendorf.

9. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

„Ist dir etwas Unangenehmes passiert, Vater?" fragte sie unvermittelt, und ihre großen blauen Augen blitzten argwöhnisch aus dem braunen Gesichtchen. Sie hing mit solcher Liebe an ihrem Vater, daß sie jeden Kummer und jede Sorge sofort witterte.

Alfano zwinkerte ein wenig mit den Augen nach Mary hin, und Eromanga verstand sofort, daß er in ihrer Gegenwart nicht reden wollte.

Erst als Rocco mit seinem Töchterchen allein war, sagte er:

„Nun hör' zu, und halte dich gut fest, damit du nicht vom Stuhl fällst: Wir werden zusammen eine so große Reise machen, wie wir sie noch nie unternommen haben. Schon in den nächsten Tagen geht es los. Zuerst müssen wir allerdings mit der Jacht noch einmal die Filialen in der Torres-Straße besuchen und dann noch zu Kuan-Lung nach Bobo, weil ich wohl ein halbes Jahr oder mehr fortbleiben will. Da habe ich natürlich noch vorher viel mit ihm zu besprechen. Aber dann geht's mit einem kleinen Dampfer nach Hongkong in China, — und von da aus mit einem großen Passagier-Dampfer nach Amerika, — nach San Franzisko! Und wenn dort alles so ist, wie ich hoffe, dann bleibst du ein paar Jahre drüben, damit du ordentlich was lernst. — Ich glaube nämlich, daß mein Bruder, der Onkel Livio, von dem ich dir erzählt habe, nicht tot ist, sondern in San Franzisko lebt."

In einem Widerstreit aller Gefühle fand Eromanga nicht gleich eine Antwort, und Rocco fuhr fort:

„Gott gebe, daß ich mich nicht irre!"

„Wieso meinst du denn plötzlich, daß Onkel Livio nicht tot ist?" fragte Eromanga jetzt, durch diese mystische Angelegenheit leicht erregt.

„Ein Kapitän in Cooktown hat mir von ihm erzählt."

„Aber dann muß er doch leben, wenn ihn der Kapitän kennt! — Warum denkst du denn überhaupt, daß er tot ist?"

„Weil ich seit langen Jahren keine Briefe mehr von ihm bekommen habe."

„Vielleicht weiß er nicht, wohin er dir schreiben soll", kombinierte Eromanga.

„Ja, jetzt weiß er es bestimmt nicht; aber früher wußte er genau, wohin er schreiben mußte, und ich habe doch keine Nachricht von ihm erhalten." Und kopfschüttelnd fügte Rocco, mehr zu sich selbst sprechend, hinzu: „Wenn er wirklich lebt, dann kann ich mir nicht erklären, wieso seine Nachrichten nicht in meine Hände gelangt sind."

„Vielleicht hat er gar nicht geschrieben", meinte Eromanga.

Da ging ein zuversichtliches Lächeln über Rocco Alfanos Gesicht, und indem er die Hand auf Eromangas Köpfchen legte, sagte er bestimmt:

„Nein, mein Herzchen, so etwas gibt es nicht. Wenn Onkel Livio wirklich lebt, dann sind seine Briefe eben verlorengegangen oder gestohlen worden oder . . . weiß der Teufel was sonst!"

8.

Kuan-Lung und Co.

Wenn man die samoanische Lehrerin Miß Mary über Fähigkeiten und Charakter ihrer Schülerin befragt hätte, so wäre wohl ein vernichtendes Urteil zuhande gekommen. In ihren Augen war Eromanga Alfano dumm, faul und roh.

Hätte man sich aber an anderen Stellen erkundigt — zum Beispiel bei Herrn Robinson, dem ersten Offizier und Kapitänsstellvertreter der Jacht „Guadalcarna" oder bei Alfanos Sozius, Herrn Kuan-Lung, oder bei dem Prokuristen der Firma in Cooktown, Herrn Pü-Ming-Pao —, so hätte man wohl gerade das Gegenteil zu hören bekommen.

Dieser Zwiespalt der Meinungen war leicht erklärlich: Für die Fächer, die Miß Mary einigermaßen beherrschte — Religion, Geschichte, englische Rechtschreibung und englischen Aufsatz — zeigte Eromanga keine Begabung und kein Interesse. Ihre Stärke lag vielmehr auf Gebieten, von denen ihre Lehrerin ihrerseits nichts verstand oder wenig hielt: in Erdkunde, Mathematik und im mündlichen Gebrauch einer ganzen Anzahl von Sprachen.

Eromanga redete fließend die Guadalcaner-, Taobaita- und Pau-Sprache, sowie Englisch, Italienisch und Französisch; die beiden letzteren Sprachen hatte sie von ihrem Vater gelernt. Außerdem beherrschte sie das „Biche la mar", jenes tolle Kauderwelsch, mit denen sich die Europäer und Eingeborene in der Südsee zu verständigen pflegen. Sie konnte sich stundenlang in die Land- und Seekarten ihres Vaters vertiefen und kannte die Topographie des Stillen Ozeans bis ins kleinste. Sie verstand von Schiffahrt und Nautik bereits soviel, daß Mister Robinson oft scherzend sagte, sie solle sich doch zum Kapitäns-Examen melden. Sie rechnete so schnell und sicher, daß Herr Kuan-Lung behauptete, so etwas gäbe es sonst nur bei Chinesen. Das Erstaunlichste aber war, daß dieses Mädchen von elf und einem halben Jahr das eigenartige Geschäft ihres Vaters schon so gut kannte, daß er sie fast als Supercargo auf die Rundreise durch die Archipele oder als Geschäftsführer zu einer seiner Filialen hätte schicken können. — Von ihrem fünften Lebensjahre an hatte Alfano sein Töchterchen zwei- bis dreimal jährlich auf die großen Rundreisen nach Australien und der Torres-Straße, nach Papua und den Alfuren-Inseln mitgenommen, so daß sie zwischen Schiffahrt, Perlentaucherei und dem Handel mit Südsee-Produkten aufwuchs.

Daß Eromanga durch dieses Leben nicht nur körperlich, sondern auch seelisch recht abgehärtet wurde, war kein Wunder. Aber innerlich roh war sie durchaus nicht, sondern zeigte sogar eine gewisse Gutmütigkeit und einen starken Gerechtigkeitssinn. —

Der erste Teil der großen Reise, die Vater und Tochter Anfang Mai 1908 von Guadalcanar aus antraten, war also für Eromanga nichts Neues.

Alfano beschäftigte sich damit, die Gläser von neuem zu füllen, um seine Erregung zu verbergen. Aber er konnte es nicht verhindern, daß seine Hände zitterten.

„Und machen die Leute Geschäfte?" fragte er leichthin.

„Aber feste! Erstens haben sie sehr viel Kapital. McKenna soll steinreich sein; sonst hätte ihn der andere wohl auch nicht zum Kompagnon genommen. Mister Alfano muß so Ende der vierzig sein, während McKenna ein junger Mensch von zwei, dreiundzwanzig ist. Aber ein tüchtiger Kerl, das muß man sagen!"

Und da niemand das Wort nahm, fuhr Middleton fort: „Ja, die Linie rentiert sich fabelhaft. Sie sind mit der Gründung in die beste Zeit hineingekommen. Denn seit dem Erdbeben entwickelt sich San Franzisko in einem Höllentempo! Man könnte fast sagen, daß die Katastrophe die Stadt gefördert hat."

Mehr sagte Kapitän Middleton nicht über die „Three Anchors Line" und ihre Inhaber. Und da Alfano auch nicht mehr fragte, schien es wirklich, als habe er kein weiteres Interesse an jenem Herrn Alfano in San Franzisko. —

Wenige Tage nach diesem Gespräch segelte Rocco Alfano von Cooktown ab, mit direktem Kurs auf Guadalcanar.

•

Mit dem ersten Sonnenstrahl versammelte sich die Dorfjugend von Bolonda, eine Schar von dreißig bis vierzig kleinen nackten Wilden, auf dem Platz vor der Hütte des jungen Häuptlings, um Gasure zu erwarten. So geschah es täglich, also auch heute.

Gasure war das älteste Söhnchen des Häuptlings, zählte ganze acht Jahre und hatte ein Gesicht wie ein kleines böses Raubtier. Gasures Großvater, Alo, war ein berühmter Krieger gewesen. Aber bei einem Ueberfall auf ein Buschdorf in dem hohen Gebirge, das sich hinter Bolonda erhob, war Alo vor wenigen Wochen von seinem Schicksal ereilt worden: Er war „gestorben" — das heißt: er war von den Feinden gefangen und aufgefressen worden. Doch von solchen intimen Details erfuhren weder Kolonial-Regierungen, noch Missionen etwas. — So war also Gasures Vater schon in jungen Jahren Häuptling geworden und Gasure selbst „Kronprinz".

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Wilhelmshavener Tagesbericht.

Die Tätigkeit der Arbeitsinvaliden-Organisation.

Mit dem Ersuchen um Abdruck geht uns heute der folgende Bericht zu: Im hiesigen „Kolpinghaus" fand die halbjährige Generalversammlung des örtlichen Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands (Sitz Berlin) statt. Den Bericht des Vorstandes erstattete Vorsitzender Wehrle. In ihm wird ausgeführt:

Bezüglich der Rechtsschutztätigkeit sind im ersten Halbjahr schriftliche Auskünfte erteilt 127, mündliche 946, insgesamt 1073 Auskünfte. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Invalidenversicherung 144, Unfallversicherung 83, Angestelltenversicherung 21, Krankenversicherung 48, Reichsarbeiter 711, Fürsorge 58, Arbeitsrecht 5, Bürgerliches Recht 3. Schriftsätze wurden 396 Stück angefertigt. Sie verteilen sich in: Anträge 81, Eingaben 262, Berufungen 43, Rekurse 5, Beschwerden 5. An Vertretungen wurden wahrgenommen bei den Versicherungsämtern 25, bei den Oberversicherungsämtern 68, Sonstige 43. Das Ergebnis der Vertretungen war folgendes: mit Erfolg 61, Vergleich 30, ohne Erfolg 25, vertagt 20. Die erstrittenen Erfolge betrugen: die Höhe des erstrittenen Mehrbetrages monatlich 653 RM., die Höhe der einmaligen Nachzahlungen 5847 RM. Ferner seien 52 Unterstützungsanträge bei den Versorgungsämtern gestellt worden, wovon 50 Erfolg hatten. Der Gesamtbetrag ist zirka 3000 RM. Weiter gab der erste Vorsitzende bekannt, daß eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet sei, betreffs Neuberechnung der Unterstützungen nach den jetzigen Löhnen des Reichsarbeitstarifes. Das Reichsarbeitsministerium habe folgendes mitgeteilt:

„Durch den Erlaß vom 5. November 1928 — 1c 4783 — sind die laufenden Unterstützungen der ehemaligen Heeresarbeiter usw. den Ruhebezügen der vergleichbaren Beamten angepaßt und bis auf weiteres endgültig geregelt worden. Sofern nicht besondere Umstände es erforderlich erscheinen lassen, wird einer Erhöhung der Sätze erst nähergetreten werden können, wenn eine Erhöhung der Ruhebezüge der Beamten in Aussicht steht. Unter den jetzigen Verhältnissen und insbesondere bei der schwierigen Finanzlage des Reiches kommt eine allgemeine Erhöhung nicht in Betracht. Die jeweiligen Tariferhöhungen der im Dienst befindlichen Arbeiter bei der Berechnung der laufenden Unterstützungen für die ausgeschiedenen Arbeiter zu berücksichtigen, ist aus grundsätzlichen Erwägungen zu meinem Bedauern nicht möglich. Dies habe ich bereits mehrfach, auch schon vor der Neuregelung vom 5. November 1928, zum Ausdruck gebracht."

Verbandsmitglied Strang gab anschließend den Bericht von der am 29. Juni stattgefundenen Gautagung in Harburg. An der Tagung nahmen 42 Delegierte teil. Ferner Vertreter der Gewerkschaften, der SPD., der Behörden von Harburg-Wilhelmsburg und der Kriegsbeschädigten. Der zweite Vorsitzende der Zentrale, Gähler, hielt einen Vortrag über die Lage in der Sozialversicherung und betonte in seinem Vortrag, daß die Arbeitsinvaliden alle Ursache hätten, sich zu organisieren, sich zusammenzufinden zu einer einheitlichen Organisation, da die Regierung Brüning und die rechtsstehenden Parteien drauf und dran seien, die Sozialversicherung abzubauen. Man müsse alles daran setzen, diese Verschlechterung in der Sozialversicherung zu verhindern. Weiter führte Gähler aus, daß Verbandsanträge am 13. Mai d. J. auf Verbesserung der Sozialversicherung an die Reichsregierung und den Reichstag gestellt wurden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der deutsche Staat gibt Millionen aus für Rüstungszwecke; an ehemalige Würdenträger werden, selbst dann, wenn sie noch hohe Privateinkünfte haben, Pensionen gezahlt, die jedes gesunde Maß weit überschreiten. Staatsrenten oder Pensionen erhalten von der deutschen Republik sogar noch solche Personen, die der heutigen Staatsform feindlich gegenüberstehen oder sie bekämpfen. Große Summen werden aufgewendet, um den durch die verschiedenen Ländertregierungen zersetzten Verwaltungsapparat aufrecht zu erhalten. Diese wenigen Beispiele, die beliebig erweitert werden können, zeigen, daß Staatsmittel dort aufgewendet werden, wo gespart werden könnte. Derselbe Staat, der diese durch nichts zu rechtfertigenden Aufwendungen macht, steht es mit an, daß heute Millionen Volksgenossen als Renten- und Fürsorgeempfänger buchstäblich hungern. Durch Zollerhöhungen verteuert man diesen Aermsten der Armen noch die ohnehin nicht mehr erträgliche Lebenshaltung. Dieses große Heer der stillen Dulder erhebt die Stimme und fordert durch seine Interessenvertretung, den Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, von der Reichsregierung schleunigste Hilfe. Insbesondere wird gefordert, daß die von dem Zentralverband dem Reichsarbeitsministerium zugeleiteten Forderungen bezüglich der Aufbesserungen in der Rentenversorgung weitgehendste Berücksichtigung finden." —

Hierauf wurde noch beschlossen, das Stiftungsfest der Ortsgruppe im Oktober abzuhalten. Dann schloß Vorsitzender Wehrle die gutbesuchte Versammlung.

•

Mit dem Omnibus nach Paris. Folgender Hinweis geht uns heute zu: In der Zeit vom 29. Juli bis 8. August d. J. veranstaltet die hiesige Firma Osterbuhrs Kraftverkehr mit einem großen, eleganten Autoomnibus eine Fahrt über Holland, Belgien nach Paris und zurück nach Wilhelmshaven zu dem außerordentlich billigen Preis von 80 RM. einschl. Besorgung der Visen. Die Fahrt führt von Wilhelmshaven über Leer, Groningen, Utrecht (alte, sehenswerte Universitätsstadt), Breda, Antwerpen (größte Hafenstadt Belgiens, Antwerpener Weltausstellung), Gent (Enfilade, Grafenschloß, Sitz der Grafen von Flandern) und Brügge, dem „Venedig des Nordens" (prächtiges Rathaus, Belfried mit Glockenspiel, Erlöser-Münster) nach dem Weltbad Ostende. Von hier aus wird die Fahrt über die Schlachtfelder des Weltkrieges: Armentieres, Arras, Peronne, St. Quentin (Kathedrale) nach Paris fortgesetzt, wo eine zweimalige Uebernachtung stattfindet. Es wird Gelegenheit geboten, die Sehenswürdigkeiten dieser Metropole (Eiffelturm, Champs d'Elysee, Oper usw.) besichtigen zu können. Die Rückfahrt von Paris führt über die bekannten Schlachtorte Reims (wunderbare Kathedrale), Verdun (Douaumont, Vaux), Stenay, Sedan, Charleville Namur (starke belgische Grenzfestung), Aachen und weiter über Düsseldorf nach Wilhelmshaven. Ausführliche Auskunft erteilen das Lloydreisebüro Karl Griffel, Wilhelmshaven, am Bahnhof, sowie Osterbuhrs Kraftverkehr, Rüstringen, Werftstraße 1.

Die Bäume des Nachbars. Es kommt häufig vor, daß Bäume oder Sträucher mit ihren Wurzeln und Zweigen auf ein Nachbargrundstück hinübertragen und dieses unter Umständen schädigen. Das Bürgerliche Gesetzbuch gibt im § 910 dem Eigentümer dieses Nachbargrundstückes die rechtliche Handhabe, sich gegen einen derartigen Schaden zu schützen. Danach kann er Wurzeln eines Baumes oder eines Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, ohne weiteres abschneiden. Bei herüberragenden Zweigen darf er dies erst tun, wenn er dem Nachbar eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und die Beseitigung nicht innerhalb dieser Frist erfolgt ist. In allen Fällen ist aber ein solches Vorgehen nur zulässig, wenn die Wurzeln oder die Zweige die Benutzung des Grundstückes beeinträchtigen, das heißt ein Abschneiden von Wurzeln und Zweigen ist unzulässig und verpflichtet zum Schadenersatz an den Nachbar, wenn es etwa nur geschehen ist, um den Nachbar zu schikanieren. In diesem Zusammenhang sei noch die Bestimmung des § 911 BGB. erwähnt, wonach der Besitzer eines Grundstückes die Früchte, die von den Bäumen oder Sträuchern seines Nachbarn auf sein Grundstück hinübergefallen sind, behalten darf.

Der Wilhelmshavener Gefängnisprozeß.

Strafanstaltsoberwachtmeister P. erhält zwei Jahre Gefängnis.

Der Verlauf des gestrigen Tages. — Zeugenvernehmung noch nicht beendet. — Das Gericht bei der Arbeit. — Was hat der Rechtsanwalt vor? — Der Staatsanwalt beantragt gegen P. fünf Jahre Zuchthaus. — Der Angeschuldigte weint. — Die Urteilsverkündung.

Im Prozeß um die skandalösen Vorkommnisse im Wilhelmshavener Amtsgerichtsgefängnis brachte der gestrige Tag am Abend den Abschluß des ersten Verfahrens gegen den Angeklagten P. Ueber den weiteren interessanten Verlauf des zweiten Tages schreibt unser ordentlicher Berichterstatter noch das Folgende, und zwar beginnt er mit der nachfolgenden Schilderung der Haltung von Angeklagten und Zeuginnen sowie der Arbeitsweise des Gerichts:

Interessant ist es, im Gefängnis-Prozeß zu beobachten, wie die einzelnen Zeuginnen auftreten: viele bescheiden, mit leiser Stimme sprechend, die meisten jedoch keck und herausfordernd um sich schauend. Sie alle sind ehemalige Gefangene, die heute nach Jahren, meist schon glückliche Gattin und Mutter, durch diese Angelegenheit wieder an die Zeit eines längst vergessenen und wieder gutgemachten Fehltritts erinnert werden. Es läßt sich aber nicht ändern, denn das Gesetz ist hart.

Tief in sich gekehrt sitzt die Frau des Angeklagten in der äußersten Ecke der Zeugenbank, den Blick auf ihren Mann geheftet. Der wehrt sich mit Verzweiflung gegen die Anschuldigungen, die man ihm — zum Teil mit zynischen Worten seitens einiger Zeuginnen — entgegenhält. Seine Erregung steigert sich oft bis zum Tränenausbruch. Man wird das Gefühl nicht los, daß hier ein Mensch vor dem Richtertisch steht, der vielleicht hin und wieder einen nur allzu schwachen Willen zeigte, der aber keineswegs einen schlechten Kern in sich trägt. Das stellt der objektive Zuhörer unbedingt fest.

Richter, Staatsanwalt und Schöffen walten mit undurchdringlichen Gesichtern ihres Amtes; kühl und leidenschaftslos. Rechtsanwalt Heyne scheint für sein Plädoyer noch manchen Pfeil im Köcher zu haben; uns wird unsere Ahnung sicher nicht trügen. —

•

Die weiterhin gestern vernommenen Zeuginnen ergehen sich in Einzelheiten über ihre Tätigkeit im Gefängnis. Eine wollte absolut Zigaretten haben, diese Bitte lehnte der Angeklagte aber ab. Kleine Wünsche dagegen, wie gute Bücher usw., erfüllte P. den Gefangenen gerne. Daß dies auch heute noch anerkannt wird, macht sich in den Aussagen der meisten Zeugen und Zeuginnen recht gut bemerkbar.

Die Ehefrau des Angeklagten macht von dem Recht ihrer Aussagenverweigerung keinen Gebrauch. Vielmehr sagt Frau P. aus, daß die Belastungszeugin S. sie öfters ins Gespräch gezogen habe. Dann hätte die S., die jetzt ihren Mann belaste, über ihren eigenen Mann sehr abfällig gesprochen. Ueber den Angeklagten habe die genannte Zeugin sich nie beschwert. Viel Aerger habe die hier auftretende Zeugin P. ihrem Mann bereitet, indem sie sich ständig mit ihren Angehörigen aus dem Fenster unterhalten und auch mit den männlichen Gefängnisinsassen Anschluß gesucht habe. Ihr Mann habe ihr gesagt, daß er immer einwandfrei seinen Dienst versehe und sich nie mit Schmutzereien abgeben werde. Trotzdem will eine Zeugin P. einen schweren Krach zwischen dem Angeklagten und seiner Frau gehört haben. Hier stehen sich die Aussagen der beiden Zeuginnen entgegen.

Es kommt dann zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen der Ehefrau des Angeklagten und der Zeugin D. Der Vorsitzende muß mit erhobener Stimme auch den Angeklagten zur Ruhe bringen. Der Verteidiger bemüht sich, ein Mißverständnis aufzuklären. Der Angeklagte behauptet, er habe es sogar abgelehnt, für die Zeugin D. bei ihrem Transport in eine andere Anstalt ein gutes Wort einzulegen. Das beweise wohl aufs beste, daß er mit dieser Zeugin nichts zu schaffen gehabt habe. Frau P. unterstreicht das noch dadurch, daß sie es gewesen sei, die die weiblichen Gefängnisinsassen fast durchweg betreut habe.

Als ein Zeuge seinerzeit im Amtsgerichtsgefängnis einige Zeuginnen darauf hinwies, nicht so laut zu sein, der Aufseher P. komme sonst, sollen die Mädchen gesagt haben, daß sie den in der Hand hätten. Aus eigener Erfahrung kann der Zeuge nicht bekunden, daß der Angeklagte sich etwas zuschulden kommen ließ.

Ebenfalls sagt für den Angeklagten gut aus die Zeugin Le., die auch die Wachstube reinigen mußte und der P. sich nie genähert hatte. Der Angeklagte wendet sich dann gegen eine Zeugin, die ihn bezichtigt, sich an ihr vergangen zu haben.

•

Nach anderthalbstündiger Mittagspause wird um 3.30 Uhr nachmittags wieder in die Verhandlung eingetreten.

Der zunächst vernommene Zeuge äußert sich über das Familienleben des Angeklagten, das er in viermonatiger Haft hat kennengelernt. Ihm, dem Zeugen, ist nie etwas aufgefallen. Auch als Beamter habe er bei P. niemals Verfehlungen wahrgenommen. Die Ehefrau dieses Zeugen, die selber jahrelang in der Familie des Angeklagten verkehrte, kann nur ein glückliches Familienleben des P. feststellen. Ein weiterer Zeuge kennt P. nur als gerechten Beamten.

Die Verlesung des

Strafregisters der Hauptbelastungszeuginnen ergibt eine kaum endenwollende Kette von schweren Vorstrafen.

Was den Verteidiger veranlaßte, auf die Qualität dieser Zeuginnen besonders hinzuweisen.

Hierauf nimmt

der Staatsanwalt

das Wort zu seiner Anklagerede. Der Vertreter der Anklage führt aus, daß der Angeschuldigte in den Jahren 1920 bis 1927 mit weiblichen Insassen verbotenen Verkehr gepflogen habe. Bereits einmal habe gegen P. ein Verfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens geschwebt, das jedoch seinerzeit eingestellt worden sei wegen mangelnden Beweises. Zwar streite der Angeklagte auch heute jede Schuld ab und berufe sich dabei auf sein glückliches Familienleben. Dann geht der Staatsanwalt auf die einzelnen Delikte näher ein, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß in den bisher zur Sprache gekommenen Fällen Sittlichkeitsverbrechen und Notzucht vorliege. Daß die Zeugin S. eine bestimmt ansehbare Person sei und eine ziemlich bewegte Vergangenheit habe, stehe außer Zweifel. Ihr aber im Falle P. deshalb keinen Glauben zu schenken, gehe nicht an, da sie ihre Aussagen eidlich bekräftigt habe. Einer anderen Zeugin habe der Angeklagte Schokolade und Seife geschenkt, um sie zum Schweigen zu bewegen. Alles das seien Beweise genug, den Angeklagten schuldig zu befinden. Der Staatsanwaltschaftsvertreter beantragte daher gegen den Angeklagten P., der schärfste Strafe verdiene und mildernder Umstände nicht würdig sei, eine Gesamtzuchthausstrafe von fünf Jahren, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und Anrechnung der Untersuchungshaft.

Rechtsanwalt Heyne

erhebt sich dann zu einer rhetorisch mitreißenden Verteidigungsrede. Er führte aus, daß die in dieser Affäre gegen den Angeklagten aufgetretenen Dirnen, die jahrelang den Männern sich für Geld an den Hals warfen, doch wohl sicher nicht die geeigneten Personen seien, die man automatisch gegen P. eingestellt habe. Der große Exerzierplatz sei bestimmt zu klein, um alle die Männer zu fassen, die diese Belastungszeuginnen schon gehabt hätten. Wenn der Untersuchungsrichter vier oder fünf Beamte in die Strafanstaltswachtmeisterkleidung gesteckt hätte, so würde die einzig einwandfreie Zeugin, die vor zehn Jahren mit P. etwas gehabt haben will, diesen wohl nicht als den Beamten wiedererkannt haben. Sehr deutlich habe sich auch der Sittenkriminalbeamte F. über die Moral der Kontrollmädchen ausgelassen. Deren Phantasie arbeite willkürlich und häßliche Eigenschaften nach jeder Richtung hin seien solchen Geschöpfen bestimmt nicht fremd. Und auf Grund der Aussagen dieser Dirnen solle nun ein an sich korrekter Beamter ins Zuchthaus wandern? Ueberhaupt: Sollen denn alle Gefängnisbeamte in Wilhelmshaven nun über die im Amtsgerichtsgefängnis eingesessenen Dirnen hergefallen sein, wie das die nächsten Tage noch dartun sollen? P. habe sich oft über verschiedene Mädchen beschwert und gebeten, diese doch in eine andere Anstalt zu versetzen. Die Briefe des verstorbenen Inspektors B. seien für den Angeklagten das beste Zeugnis seiner Unantastbarkeit.

In eingehenden Worten widerlegt der Verteidiger in jedem einzelnen Fall die ausschließliche Schuld des völlig zusammengebrochenen Angeklagten, der andauernd vor sich hinschluchzt. Ganz besonders klar macht der Anwalt dem Gericht das Vorgehen der Erpresserin S. Nach einem stundenlangen Plädoyer kommt der Verteidiger schließlich zu dem Schluß, daß der Angeklagte freigesprochen werden müsse. Wenn der Angeklagte tatsächlich gefehlt haben sollte, so sei nicht er schuld, sondern das System. Denn weshalb lasse man die weiblichen Gefangenen nicht auch durch weibliche Beamte beaufsichtigen?

Der Angeklagte

selber beteuert nochmals unter größter seelischer Erregung seine Unschuld. — Dann zog sich das Gericht um 5.30 Uhr zur Beratung zurück.

Das erste Urteil.

Um 8.30 Uhr abends verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte P. erhält unter Freisprechung aller übrigen Anschuldigungen in sieben Fällen wegen Vergehens gegen § 174 des StGB. (Mißbrauch der Gefangenen)

eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

In der Begründung hob das Gericht u. a. hervor, es sei nicht leicht gewesen, in dieser komplizierten Angelegenheit ein gerechtes Urteil zu fällen. Den unter Eid gemachten Aussagen der Zeugen, die teilweise sicher nicht einwandfrei seien, müsse man aber dennoch Glauben schenken. Mildernde Umstände wurden mit Rücksicht auf P.s sonst gutes Verhalten zugebilligt. Die Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Sonntagsruhe im Güterverkehr der Reichsbahn. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat soeben Bestimmungen erlassen, die die Vorschriften über den Güterverkehr an Sonntagen auf eine völlig neue Grundlage stellen. Die Reichsbahn hat sich nämlich entgegen ihrer ursprünglichen Auffassung, die sie jahrzehntelang hindurch vertreten hat, jetzt auch zu der Auffassung durchgerungen, daß die Ruhe im allgemeinen Produktionsprozeß am besten auch einer Ruhe im Eisenbahntransport entspricht. Es hat festgestellt werden können, daß der frühere Sonntagsverkehr nicht nur zu Unregelmäßigkeiten in der Diensteinteilung geführt hat, daß vielmehr auch die Verkehrsbedingungen zahlreiche Unsicherheiten aufwiesen. Maßgebend für den Erlaß der geänderten Bestimmungen, die ein Mindestverkehrsbedürfnis als Maßstab vorsehen, ist aber auch die soziale Seite gewesen. In Zukunft kommt für den Sonntagsverkehr nur noch der Transport von leicht verderblichen Lebensmitteln, lebenden Tieren und Kohlen in Frage. Nur in Ausnahmefällen ist eine Verstärkung des jetzt zur Einführung gelangten Sonntagsdienstes vorgesehen. Die Schwierigkeiten, die sich bei dem Uebergang vom Werktagsdienst zum Sonntagsdienst und umgekehrt ergeben, sind in den aufgestellten neuen Plänen genau berücksichtigt, so daß in allen Fällen die Ruhepausen gewährleistet sind.

Abendfahrt in See. Die heutige Abendfahrt mit dem Dampfer „Stadt Rüstringen" beginnt bereits um 9 Uhr.

Jadestädtische Filmschau.

ja. Kammer-Lichtspiele. Carlo Aldini, der Held vieler Sensationsfilme, schließt als Lord Aldini eine Wette ab, sechs Wochen unerkannt als Vagabund in London zu leben. Was er bei diesem Abenteuer für Streiche ausheckt und tolle Sachen macht, reiht sich seinen bisherigen Filmen würdig an. — In die javanische See führt uns der Film „Die Rettung". Ein Waffenschmuggler will einem Eingeborenenfürsten, den sein Volk entthront hat, wieder zur Krone verhelfen. In der Bucht, in der die geschmuggelten Waffen auf einem Wrack verborgen werden, liegt eine Vergnügungsjacht fest. Zwischen der Frau des Jachtbesitzers und dem Schmuggler spinnen sich zarte Bande an. Ein Seeräuber übt Verrat und fängt den abgesetzten Radjah und dessen Schwester und versucht dann die Waffen zu rauben. Das Wrack wird von dem Wächter in die Luft gesprengt und alle, auch der Fürst, kommen um. Der Schmuggelkapitän leidet unter Selbstvorwürfen, da er seinen Freunden nicht geholfen hat. Am Schluß trennen sich die beiden Liebenden. Die Jacht dampft nach dem Süden, während die Brigg den Bug gen Norden wendet. — Ein herrlicher Gebirgsfilm aus den Schweizer Alpen und die Wochenschau runden das Programm gut ab.

Ballonunglück beim Rheinlandflug. Der Ballon „Köln" wurde während des Rheinlandbefreiungsfluges bei Köln von einer Windboe niedergedrückt und mit seinem Tragkorb auf ein Stallgebäude geschleudert. Einer der Insassen, Justizrat Deutzen aus Krefeld, wurde getötet, die anderen Mitfahrenden schwer verletzt.

Landesbibliothek Oldenburg

Zwei Monate Kampf

2. Mai: Der volksparteiliche Finanzminister Dr. Matthaupauer kündigt im Reichstag den Abbau der Arbeitslosenversicherung an. Spätestens 1931 müsse die Versicherung frei von Reichszuschüssen werden.

3. Mai: Der Präsident der Reichsanstalt für AVD. erklärt in einer Pressebesprechung, daß aus den Beitragseingängen beim gegenwärtigen Satz von 3½ Proz. etwa 900 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgt werden könnten. Dazu kommen noch 150 Mill. Reichszuschüsse und 50 Mill. Industriezusatzbeitragsmittel. Diese Mittel gelangen reichen für 1 170 000 Unterstützungsempfänger. Die 30 Mill. aus dem Industriezusatzbeitrag stehen sich nur durch Leistungsabbau ergeben.

5. Mai: Der Bundesvorstand des ADGB. erklärt in einer Entschließung, daß es „jetzt die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinigten bürgerlichen Parteien abzuwehren".

7. Mai: Der Vorwärts Aufhäuser (SPD.) erklärt als Berichterstatter des Haushaltsausschusses, daß der neue Etat in der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Besserung zeige. Es fehlen mehrere 100 Mill. Mark für 1930. Die in der Krisenfürsorge vorgesehenen 150 Mill. reichten knapp für 700 000 Erwerbslose. 50 Mill. für produktive Erwerbslosenfürsorge seien unzulänglich.

13. Mai: Die Anträge der SPD. im Haushaltsausschuß, den Beitrag für die Krisenunterstützung von 150 auf 225 Mill. und für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge von 35 auf 60 Mill. zu erhöhen, werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

14. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald (Zentrum) kündigt eine Beitragserhöhung von mehr als ½ Proz. an. Ein Notopfer zur Finanzierung der Krisenfürsorge sei abzuweisen.

14. Mai: Bei Fertigstellung des Gutachtens der Reichsanstalt wird gegen die freien Gewerkschaften beschlossen: Beitragserhöhung auf 4 Proz., Streichungsquoten für Erwerbslose, die nicht 52 Wochen Beschäftigt erreichen, Beteiligung der Unterstützung für Jugendliche unter 17 Jahren und für über 60 Jahre alte. (Die freien Gewerkschaften waren nur für Beitragserhöhung, wenn keine Leistungsverschlechterungen eintreten sollen.)

22. Mai: Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Anträge der großen Koalitionsparteibeschlüsse kommt es zu keiner Einigung.

25. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald gibt einen Erlaß über die Dauer der Krisenunterstützung heraus. Er enthält nichts über eine Ausdehnung der Personenkreises oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Er bringt in Erinnerung, daß die Bezugsdauer von 26 Wochen zu reichlich sein könne und auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt werden kann, wenn begründete Aussicht besteht, daß es den Arbeitslosen möglich sei, innerhalb des verkürzten Zeitraumes sich durch seine Bemühungen eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge.

31. Mai: Im Haushaltsausschuß teilt Genosse Dr. Hertz mit, daß ein besonderer Sparkommissar für die Reichsanstalt bestellt worden sei, der als Nationalsozialist der Schacht-Welt aus öffentlichen Mitteln 25 000 Mark Einkommen habe, die durch seine Tätigkeit als Arbeitslosenkommissar auf 40 000 Mark erhöht würden.

4. Juni: Der Bundesvorstand des ADGB. verlangt in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister Beibehaltung der politischen und personelle Erweiterung des Krisenfürsorge, da eine Ablehnung Gemeinden seine Wohlfahrtsunterstützungen nicht zahlen können.

5. Juni: Das Reichskabinett beschließt, den Vorschlag der Reichsanstalt zum Gesetzentwurf zu erheben mit folgenden Änderungen: Beitragserhöhung von 3½ auf 4½ Proz., Verlängerung der Karenzzeit für Ledige auf 14 Tage, Verlängerung der Sperrfrist von bisher 4 Wochen auf 26 bzw. 52 Wochen, Herabsetzung der Bezüge der besser bezahlten Arbeiter und Angestellten um zwei Klassen, Herausnahme der Jugendlichen bis 18 Jahre aus der Versicherung, Versicherungsfreiheit für Arbeitergruppen mit geringfügiger Beschäftigung (Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich, Verdienst nicht über 10 Mark). Außerdem soll ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für mehrere hunderttausend Arbeiter (Mehr über 2 Milliarden Mark) vorgelegt werden.

5. Juni: Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, weist in einer Pressekonferenz auf das katastrophale Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen hin. Ihre Zahl hat sich vom Januar bis Ende April von 271 000 auf 328 000 erhöht. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtserwerbslosen ergibt sich eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark jährlich. Eine Erweiterung der Krisenfürsorge sei deshalb dringendes Gebot.

5. Juni: In einer Besprechung mit den Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenfürsorge für alle Berufe fordern, erklärt Stegerwald, das Reich könne nur „im Rahmen des Möglichen" helfen.

13. Juni: Die Wirtschaftspartei beantragt im Reichstag, einen Teil der Vorschüsse an die Arbeitslosenversicherung in Gutscheinen auf Lebensmittel, in erster Linie auf Roggenbrot, auszufassen.

16. Juni: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei fordert eine Entschließung zur gegenwärtigen Krisenlage, in der es u. a. heißt: Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergräbt nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landflucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo für sie kein Bedarf ist.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf in 24 Paragraphen eingebracht, der die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht fordert.

18. Juni: In der Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages, wird der Ertrag der Reinsgewerbesteuer bei der Arbeitslosenversicherung auf 194 Millionen und der Ersparnisse durch Reformen (d. h. Leistungsabbau) auf 115 Millionen geschätzt.

18. Juni: Die preußische Regierung schlägt im Reichsrat vor, die Beamten und Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 5400 Mark beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt heranzuziehen, wodurch durch Ausbau des Lohnsenkungsplans eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen zu schaffen.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der SPD. lehnt das Deckungsprogramm der Reichsregierung ab und beantragt den Fraktionsvorstand, ein eigenes Deckungsprogramm auszuarbeiten.

Die kommunistische Drehscheibe

Die Fraktion der KPD. erklärte bei der Beschlußfassung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 7. Juli 1927, daß das Gesetz ein „neuer Verrat an der Arbeiterklasse" sei. Sie lehnte es entschieden ab, gemeinsam mit den Reaktionären der verschiedenen Scharfmachergruppen! — Der KPD.-Abgeordnete Rädel erklärte dazu: „Die KPD.-Fraktion übt keinen Zweifel darüber, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Nach wie vor wendet sich die KPD. gegen das Versicherungsprinzip und vertritt den Standpunkt, daß dem Staate und dem Unternehmertum die Fürsorgepflicht . . . obliegt."

In konsequenter Fortsetzung dieser Haltung lehnten die Kommunisten dann auch noch Ende 1929 gegen die Verschärfung der Heimarbeiter und der Lehrlinge und lehnten schließlich unter dem Beifall sämtlicher Unternehmergruppen die Meldepflicht der Unternehmer für die in ihrem Betrieb offenen Arbeitsstellen ab.

Aber schon kurze Zeit darauf, als man sah, daß die Erwerbslosen trotz des SPD.-Gesetzes unbedingte Anhänger hen von den „sozialfeindlichen Arbeitervertretern" erlassenen Gesetzes waren, lernte man ebenso entschieden um und wurde, auf die Vergeßlichkeit der Anhänger pochend, begeisterter Anhänger des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das angeblich „neuen Verrats an der Arbeiterklasse".

In einem Artikel „Kampf ums Brot" in der „Roten Fahne" erklärte der KPD.-Führer Paul Merker, daß der Angriff auf das Erwerbslosenversicherungsgesetz ein erster Schritt zur Beseitigung der Sozialversicherung überhaupt sei, und energisch bekämpft werden müsse.

Noch deutlicher wird ein Aufruf des Zentralkomitees der KPD., der die (durch die merkwürdige Haltung der KPD. geförderte) Willkür der Unternehmer, die Erwerbslosenversicherung abschaffen, einen „neuen Schlag gegen die Lebenslage der Arbeiter und Erwerbslosen" nennt. „Alle sozialen Einrichtungen, Kranken- und Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. werden bestimmt abgebaut", stellte das ZK. der KPD. fest.

Zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherungsgesetzes empfiehlt die „Rote Fahne" den Massenstreik. Dieser wurde auch bekanntlich bereits am anderen Tage von einer Delegiertenkonferenz angeblich Erwerbslosen in Berlin beschlossen.

Bis heute wurde niemals ein erster Versuch gemacht, diese Parolen durchzuführen. Der Beschluß blieb wie üblich unausgeführt. Ausgeführt werden nur Beschlüsse gegen „Sozialfeindlichen". Der Massenkampf ist ihnen ein Kampf innerhalb der Klasse, mit anderen Klassen zu kämpfen hat man aufgegeben.

Erwerbslosen-Tribüne

Informations-ORGAN für Erwerbslose

Erwerbslose Frauen

Millionen fordern:

Schluß mit dem Beraten — Arbeit, Arbeit!

Ein trostloses Bild: immer noch weit über zweieinhalb Millionen Arbeitslose, von denen bereits mehr als 350 000 ausgesteuert sind und Wohlfahrtsunterstützung beziehen, während 300 000 oder 400 000 Menschen gänzlich ohne öffentliche Hilfe leben müssen. 400 000 Verhungernde, hungrige Elende! Und noch steigt die Arbeitslosigkeit!

In allen Lagern herrscht Einigkeit darüber, daß die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem unserer Tage ist. Mit Recht heißt es in der „Justiz":

„Am Arbeitslosenproblem hängt heute in Deutschland alles. Denn seine Lösung ist keine Speziallösung, sondern erfordert Grundlösungen, die nur durch die politische und soziale Erneuerung Deutschlands überhaupt geschaffen werden können."

Freilich: Die Einstimmigkeit der Parteien und Verbände über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist auch nur grundsätzlich. Ueber das „Wie" gehen die Meinungen sehr auseinander. Die Unternehmer haben eine Patentlösung gefunden: „Senkt ihr die Löhne, dann senken wir (eventuell) die Preise."

Die Wirtschaftspartei gar erklärt die Lösung in der Arbeitsdienstpflicht. Beide Gruppen übersehen, daß diese Pläne nicht die Kernfrage, die Hebung der Massenkaufkraft, lösen.

Die Reichsregierung, die eigentlich führend sein sollte, hat auch auf diesem Gebiet ihre Unfähigkeit zur Führung erwiesen. „Die Regierung ermöglicht", das ist seit Wochen die hersteinige Phrase in den Kommentaren über die Haltung der Regierung zur Wirtschaftsbelebung. Die Bürgerblockregierung hat bereits vor längerer Zeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Es würde sicher helfen, einen Teil der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Leider hat es drei Hauptfehler, die dem Programm seine ganze Wirkung nehmen.

Vorbedingung der Arbeitsbeschaffung ist Geldbeschaffung. Das Deckungsprogramm der Regierung ist jedoch so unsozial, so unmöglich, daß es vom Volke abgelehnt wird. — Das Deckungsprogramm, aber auch die anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Brüning-Kabinetts, von der Steuerpolitik bis zur Lohnsenkungsaktion, sind in konsequent auf die Schmälerung des Einkommens der Massen, also auf Kaufkraftschwächung, gerichtet, daß ihre Durchführung im Endeffekt lediglich denn Arbeit schaffen würde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat soeben

ein ernsthaftes Wirtschaftsprogramm

aufgestellt, das allein den Weg aus dem Chaos führen kann, wenn nicht die Werktätigen unermeßliche Opfer bringen sollen.

Dieses Programm stellt fest, daß eine Einkommensenkung der Werktätigen die Wirtschaft nicht beleben kann, sondern die Krise verschärft.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit durch vernünftige Handelspolitik und Zollrieben, Diskontsenkung, langfristige Kredite, Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Forcierung des Kleinwohnungs- und Straßenbaues, Erneuerung und Erweiterung der Verkehrsanlagen, Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, Sicherung des Achtstundentages und darüber hinaus weitere Verkürzung der Arbeitszeit sowie Stärkste Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

Die Sozialdemokratische Partei hat damit ein klares, allen verständliches Ziel aufgestellt. Sie verlangt, gestützt auf die Millionenzahl ihrer Anhänger und die Not im Volke, daß es durchgeführt wird, ehe die Krise weiterreißt.

Die Sozialdemokratie greift entschlossen den Ruf der Millionen auf:

Schluß mit dem Beraten — Arbeit, Arbeit!

Landesbibliothek Oldenburg

Hilfe für die Arbeitslosen!

Arbeit für die erwerbslosen Massen zu verschaffen, ist unbestritten die nächste und wichtigste Aufgabe. Darüber darf aber nicht die Sorge um die Unterstützung der nicht Arbeitenden, Fürsorgebedürftigen vergessen werden. Es gibt leider genug Kreise, die die Not nicht sehen wollen und denen mehr an leeren Kassen als an der Hilfe für Hungernde liegt.

Gewiß hat das Reich große Zuschüsse leisten müssen und es leistet, ebenso wie die Reichsanstalt, in sehr dankenswerter Weise; bei jeglichem Sanierungsplan muß jedoch im Vordergrund stehen:

die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Wir gehen an anderer Stelle der „Arbeiterbeiten-Zeitung" eine Zusammenstellung des Kampfes um die Unterstützungssätze der Erwerbslosenversicherung. Regierung, Vorstand der Reichsanstalt, Unternehmertum und bürgerliche Parteien sieht man in dieser Chronik vereint bemüht, die Sanierung der Reichsanstalt und der Reichskassen auf Kosten der Erwerbslosen vorzunehmen.

Man versucht, bei den Vermögen und Einkommen Pfennige herauszuschinden, um nur ja nicht den Wohlstand, die hohen Pensionen oder lustige Heiratsgüter des Bürgertums auch nur um ein Jota zu kürzen.

Aber alle diese Mittel, „Reformen" der Versicherung, in unerträglicher und rigoros sie sind, sie würden der Reichsanstalt doch nicht endgültig helfen. Sie verhindern, schematisch durchgeführt, vorgenommen, ohne den Grundübel beizukommen.

Ein Vorschlag.

Als einziger Vorschlag, der der Reichsanstalt eine organische Entwicklung und Sanierung, zugleich den Erwerbslosen keine Minderung der Leistungen bringen würde, liegt der Plan des Genossen Dr. Naunicz vor, der in der Arbeiterpresse lebhaft begrüßt wurde. Wir müssen uns mit der Wiedergabe der Grundgedanken begnügen (die umfassende Unterbauung erfolgen in der „Gesellschaft", Mai 1930):

Erweiterung der gesamtversicherungspflichtigen Personenkreises durch Einbeziehung aller oder eines Teiles der von der Arbeitslosenversicherung befreiten Arbeitnehmer, regelmäßige Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, Festlegung des Höchstbetrages, der gebunden von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich aufgebracht werden muß, unter voller Berücksichtigung der veränderten Pflichten der Arbeitsmarktverwaltung und insbesondere des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen auftretender Wirtschaftsnotdurft und gleichzeitig abbrechender Arbeitsmarktverwaltung, unbedingte Darlehnspflicht des Reiches in Notzeiten mit der Maßgabe, daß diese Darlehen aus einmaligen außerordentlichen Sonderbeiträgen aufgebracht werden müssen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer-Sonderzuschlag), um die Balance des Reichsetats in seinem Zeitpunkt aus der Arbeitslosenversicherung heraus zu gestalten.

Das Kernstück dieses Vorschlages liegt in der Forderung von regelmäßigen Reichsbeiträgen und in der Hilfe des Reiches in Notzeiten auf dem Wege zahlungsfähiger Sonderbeiträge.

Die Reichsbeiträge will Naunicz auf die Unterstützungszahl abstellen, und zwar etwa in der Form, daß das Reich für jeden Hauptunterstützten, der an Monatsdurchschnitt nach einem bestimmten Verfahren festgestellt wird, z. B. 20 Mk. an die Reichsanstalt abführt.

Dieses System variabler Reichsbeiträge, gemessen an der Unterstützungszahl, ist auch für die Reichsregierung bezwingen nicht so beschwerlich, weil der unmittelbare Zuschußbetrag für jedes Jahr unverändert mit einiger Sicherheit bestimmt werden kann. Entscheidend ist für Naunicz der Gesichtspunkt, daß die Mittel zur Behebung vorhersehbarer Notstände aus den Notzeitzuschüssen und die zur Behebung unvorhersehbarer Notstände ganz besonderer Art aus dem Notzeitzuschuß aufzubringen sind.

Das Verlangen nach Arbeit

Eine Konferenz der Erwerbslosenkommissionen der freien Gewerkschaften, der GDCH-Fraktion usw. in Görlitz beschäftigte sich zur Änderung der Erwerbslosenzahl, daß die Grenze der Zumutbarkeit von 66% auf 50 Prozent der Erwerbsfähigkeit herabgesetzt und daß Empfänger von Zusatzbeiträgen aus den Produktionsprozeß genommen und ihnen eine höhere Rente gewährt wird. Die Arbeitszeit ist auf 3 Tage pro Woche herabzusetzen. Versicherungsempfänger dürfen nicht beschäftigt werden, auch nicht als Händler oder Vertreter.

Ferner wurde die sofortige Beschaffung von Arbeit verlangt, (Aufbau von Straßen, die soll nur durch die Höhe Kosten verursachen).

*

Wie alt sind die Arbeits'ˈen?

Wie steht es eigentlich mit der altersmäßigen Zusammensetzung der Millionenheeres der Arbeitslosen. Wie alt sind sie? Werden die Jugendlichen, die Erwachsenen und die älteren Arbeiter in gleichem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen? Oder wird eine Altersgruppe besonders schwer betroffen? Das sind die Fragen, die in der neuesten Statistik der Reichsversicherungsanstalt beantwortet werden.

In der Arbeitslosenversicherung verteilen sich die 1 521 301 Hauptunterstützungsempfänger auf die folgenden Altersgruppen:

14–21 Jahre	213 607	gleich	14,0 Proz.
21–45 „	987 611	„	64,9 „
45–60 „	250 818	„	4,6 „
über 60 „	69 325	„	1,6 „

Mehr als zwei Drittel der männlichen Arbeitslosen befinden sich im Alter von 21 bis 45 Jahren. Unter diesen erwachsenen Arbeitslosen wächst um werden die 21- bis 25jährigen und die 25- bis 30jährigen am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen machen allein 34,9 Proz. des gesamten männlichen Erwerbslosenheeres aus.

Nicht anders ist es in der Krisenunterstützung. Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen fehlen die Jugendlichen aus, weil sie keinen Anspruch auf Krisenunterstützung haben. Hier verteilen sich die 244 707 männlichen Krisenempfänger auf folgende Altersgruppen:

21–45 Jahre	168 725	gleich	68,9 Proz.
45–60 „	56 460	„	23,1 „
über 60 „	19 563	„	8,0 „

Wieder das gleiche Bild: auch in der Krisenunterstützung stellen die Arbeiter in den mittleren Jahren den höchsten Prozentsatz; über zwei Drittel aller Krisenempfänger sind noch nicht über 45 Jahre alt. Auch hier stehen die 25- bis 30jährigen an der Spitze. Sie allein stellen 18 Proz. der Krisenunterstützten.

Es sind wertvolle Arbeitskräfte, die auf der Straße liegen. Männer in den besten Jahren dürften nach Arbeit; sie müssen zusehen, wie die Frau, die Kinder Not und Hunger leiden; ohnmächtig, ihnen entscheidend zu helfen. So liegt der Kapitalismus für „seine" Arbeiter.

*

Nazis kaufen Gesinnung

Die „Schlesische Bergwacht" vom 17. Juni 1930 teilt mit, daß sich die Nazis an einen Erwerbslosen in Bundesbad wandten und ihm 10 Mark für jede Nazisammlung boten, in der er als Diskussionsredner auftrete.

Wir wissen jetzt wenigstens, woher die antisozialen sozialdemokratischen Distributionsbriefe, die gegen ihre eigene Partei reden, herkommen.

Kommunisten für Ueberstunden

Der „Reichsvorstand" der Erwerbslosen, der der Zentrale der KPD. unterstellt, fordert ohne Umschweife: „Verbot jeder Ueberstunde!"

Wie die „Rote Fahne", Ulbum, meldet, wird die Forderung wie jetzt durchgeführt: Der ausbeuterische kommunistische Betriebsrat der kommunistischen Metallerbetriebe der Firma G. Wunsch in Köln bei Ehrenfeld, hat in der Betriebsversammlung einstimmig beschließen lassen, daß die Regelarbeitszeit von 51 Stunden auf 57 Stunden mindestens ausgedehnt werden kann, wenn die Firma einen Ueberstundenzuschlag zahlt. Außerdem gab der Betriebsrat seine ausbeuterische Zustimmung zu den von der Firma verlangten Dauer-Ueberstunden. Das von den Gewerkschaften heraufsich zur Verhinderung der Ueberstundenbeschäftigung angenommene Tarifschiedsgericht kommt nicht ansehen, da der rein kommunistische Betriebsrat unter Mitwirkung eines einstimmigen Beschlusses die Ueberstundenbeschäftigung ist, für den Erwerbslosen gebilligt hat.

*

Die Frauen sind schlechter daran!

Es ist viel zu wenig bekannt, daß gerade die weiblichen Werktätigen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen werden und ihre Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß noch langsamere Fortschritte macht, als das bei den männlichen Erwerbslosen der Fall ist. Wenn sich die Arbeitsmarktlage für die weiblichen Werktätigen im allgemeinen auch nicht so besonders hoch entwickelt hat wie bei den weiblichen Angestellten, aber die an anderer Stelle berichtet wird, so verdienen doch die folgenden Zahlen erschöpfte Beachtung:

	Arbeitsuchende: männl.	weibl.
Ende April 29 . .	1 410 522	424 953
15. Mai 29 . .	1 198 666	402 218
Ende April 30 .	2 267 486	572 564
15. Mai 30 . .	2 153 059	560 638

Während die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden vom April bis Mai 1929 um 15,0 Proz. und vom April bis Mai 1930 um 5,7 Proz. zunahm, sank die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden vom April bis Mai 1929 nur um 5,4 Proz. und vom April bis Mai 1930 nur um 0,5 Proz.

*

Zeitbilder

„Die Dame von Stuttgart hat heute gern ihr Auto in individuellem Zuschnitt. Diesem Gedanken diente die von reichem Wimpelschmuck und farbenen Lollstendeckeln unauffällig umgebene Ausstellung. Man sah Decken, Schürzchen, Stuhlsitzel, Grammophonkassen, Handtaschen, Schals, passend zur Innenausstattung der Wagen." „Tempo", 15. 6. 30.

*

„In der Landwirtschaft „Zur frohen Stunde" erhängte sich gestern der 21jährige Knecht Erhard Klein wegen Erwerbslosigkeit." „B.", 30. 5. 30.

*

Arbeitslose und Krankenversicherung

Bis vor kurzem galt bei der Frage der Krankenversicherung der Arbeitslosen der Satz: „Wird einem Arbeitslosen die Unterstützung aus irgendeinem Grunde zeitweilig entzogen, kann er er auch während dieser Zeit gegen Krankheit versichert." Der Gesetz des Reichsversicherungsamts hat jetzt eine entgegengesetzte Entscheidung getroffen. Nach diesem Urteil ist ein Arbeitsloser, der die Annahme von Arbeit ohne triftigen Grund verweigert und dem eine Sperrfrist auferlegt wird, während dieser Zeit nicht gegen Krankheit gesichert. Diese Entscheidung ist also eine andere als arbeiterfreundlich.

Frauenarbeit — Frauenarbeitslosigkeit!

Wenn wir von Wirtschaft und Erwerbslosen sprechen, handelt es sich dabei nicht nur um die Produktion der Güter für den menschlichen Bedarf, sondern auch um ihre Verteilung. Beides geht Hand in Hand, beides ist in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht nach sozialen Gesichtspunkten oder eigentlich überhaupt nicht planmäßig organisiert. In immer wachsendem Maße sind die Frauen in das moderne Erwerbsleben hineingezogen worden. Sie sind in großer Zahl in der Industrie, und zwar in den Arbeitszweigen tätig, die in früheren Zeiten zur Arbeit der Hausfrau gehörten, die den Familienunterhalt und den zur Familie gehörenden großen Frauenkreis oder durch die Industrialisierung noch und noch entwunden wurde. Mit der Massenherstellung der Güter erwuchs ein weitverzweigter Verteilungsapparat, an dem die auf Erwerb angewiesenen Frauen ebenfalls beteiligt wurden. Mit der sich weiter entwickelnden Industrialisierung des Wirtschaftslebens, die immer mehr Menschenkraft überflüssig macht, entsteht für immer weitere Frauenschichten die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit, das Frauenangebot auf dem Arbeitsmarkt noch größer. Die Frauenarbeitslosigkeit wächst.

Heute ist bei der Regierung Brüning und den bürgerlichen Parteien nicht nur der Wille vorhanden, sozialen Frauenrechte abzubauen. Man erwägt auch schon die Möglichkeit, die Frauenerwerbsarbeit und das Anrecht darauf für verheiratete Frauen durch gesetzliche Maßnahmen einzuschränken. Man sagt, daß man die Familie retten wolle. Dabei plant man, an der Reichsmonopolpolitik einzuspeisen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben von jeher das Wesen der Frauenerwerbsarbeit als das erkannt, was sie ist, als automatisch eintretende und deshalb notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Für sie kann es deshalb kein Rückwärtsverbieten der Entwicklung geben. Die Demokrata- und Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse, zu der die Frauen gehören, kann nur mit einem weiteren Ausbau des sozialistischen Arbeiterschutzes.

Besten Teil die Arbeitslosenversicherung ist, für den Arbeiter und besonders für die Frau verbunden sein.

Marie Juchacz

Zahlen der Not

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat kürzlich eine Spezialzusammenstellung der Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger vorgenommen. Danach wurden (Stichtag jeweils am 15. Mai) in den Jahren

1925 . .	19 922	1928 . .	146 126
1926 . .	318 283	1929 . .	230 134
1927 . .	130 650	1930 . .	316 982

erwerbslose Frauen als Hauptunterstützungsempfängerinnen festgestellt. Erschütternde Zahlen, die mit großer Schärfe das harte Elendsverzeichnis nach dem Riesenjahr 1926 zeigen, um am 15. Mai 1930 erneut den bisherigen Höhepunkt zu überschreiten.

Zu den 316 982 weiblichen Hauptunterstützungsempfängern am 15. Mai kommen noch 61 223 Krisenunterstützte, insgesamt also 380 205 von der Reichsanstalt Betreute. Zu aber am gleichen Tage bei den Arbeitsämtern 869 628 weibliche Arbeitsuchende gemeldet waren, von denen etwa 98 Proz. auch arbeitslos sind, so sieht sich, daß zu diesem Zeitpunkt mehr als 180 000 erwerbslose Frauen ausgesteuert waren, also von den städtischen Wohlfahrtsämtern aber überhaupt nicht unterstützt wurden!

*

Die erwerbslose Angestellte

Wohl in keinem Berufszweige finden wir ein so gemeinsames Brachliegen wertvoller Arbeitskraft wie in den kaufmännischen Berufen. Tüchtige Fachkräfte stehen heimungslos, weil sie das 35. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Sie sind angeblich nicht mehr beweglich genug.

Die große Beschäftigungslosigkeit gerade der älteren Angestellten, die 1926 zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Kündigungsfristen der langjährig Beschäftigten führte, machte in der Oeffentlichkeit häufig mit der besonders starken Zunahme der Frauenarbeit begründet. Ein Blick in die Berichte des Reichsarbeitsmarktanzeigers zeigt uns jedoch neben der allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein außerordentlich starkes Ansteigen der Ziffern der weiblichen Erwerbslosen. Wir sehen z. B. bei den Arbeitsämtern und den nichtgemeinnützigen Arbeitsnachweisen als Arbeitsuchende gemeldet:

Kaufmännische Angestellte:	männl.	weibl.
Ende Januar 29 . . .	94 126	39 030
Ende Januar 29 . . .	100 020	47 672
Ende Januar 30 . . .	123 911	67 506
Ende März 30 . . .	122 336	72 645

also eine Steigerung der weiblichen erwerbslosen Angestellten um rund 80 Proz. gegenüber 30 Proz. bei den männlichen Angestellten. Hierbei muß beachtet werden, daß in Handel und Industrie auf jeden männliche eine weibliche Angestellte kommt.

Noch augenscheinlicher wird die enorme Erwerbslosigkeit der weiblichen Angestellten bei den Büroangestellten. Hier ist in dem gleichen Zeitraum von 1928 bis 1930 die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden — wenn auch unerheblich — gesunken; dagegen ist sie bei den weiblichen Kräften von 9644 auf 12 416 oder um mehr als 60 Proz. gestiegen.

Wenn kommt, daß durch die Schulentlassung das Arbeitsangebot von weiblichen Arbeitskräften gesteigert wird. Eigentlich sicherste hat sich der Geburtenausfall bei dem weiblichen Angestelltenmarkt nicht ausgewirkt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte wird am besten beleuchtet durch den Vorschlag im Reichsarbeitsanzeiger vom 24. April 1930, die öffentlichen Mittel für die Handelsschulen zu beschränken, damit nur noch freie Schülerinnen zugelassen werden, wie die Wirtschaft aufnehmen vermag. (!)

Wissen Sie das?

Von den 337 905 weiblichen Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, befinden sich im

Alter von	insgesamt	Proz.
14 bis 21	58 964	17,5
21 bis 45	231 879	68,6
45 bis 60	39 195	11,6
über 60	7 866	2,3

Von der Gesamtzahl arbeitsloser Frauen sind mehr als zwei Drittel im Alter von 21 bis 45 Jahren. Dagegen werden die Frauen über 45 Jahre weniger von dem Produktionsprozeß erfaßt und deshalb auch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Ähnlich liegt es mit den Krisenunterstützten. Am 15. April 1930 wurden von der Krisenfürsorge nahezu 60 000 weibliche Arbeitslose unterstützt. Sie verteilen sich auf folgende Altersgruppen:

Alter	insgesamt	Proz.
21 bis 45	47 321	81,9
45 bis 60	8 714	15,1
über 60	1 750	3,0

An der Krisenunterstützung machen die Altersgruppen von 21 bis 45 Jahren fast vier Fünftel aller Unterstützten aus, herunter die 25- bis 30jährigen sogar 22,9 Proz.!

Reform der Arbeitslosenversicherung und die Frauen

Der Bürgerblock plant seit langem eine Reform der Sozialpolitik. Die Arbeiter nennen diese Reformversuche mit gutem Grund Abbau. Daß es sich um einen Abbau handelt, zeigen am deutlichsten die Vorschläge zur „Reform" der Arbeitslosenversicherung, deren Folgen in erster Linie die weiblichen Arbeitnehmer zu tragen haben.

Seit Monaten schon geht das Gerücht, für die Unterstützung der Heimarbeiter besondere Bestimmungen zu treffen, natürlich nicht zugunsten der Heimarbeiter. Man will insbesondere Erschwerungen für die Heimarbeit verrichtenden Frauen schaffen, die die Mehrzahl der Heimarbeiter bilden.

Was unter anderem beabsichtigt wird, zeigen die Regierungsvorschläge, bezüglich der Unterstützungszahlung zu verfügen, die nicht mindestens regelmäßig in der Woche 30 Stunden arbeiten und nicht mindestens regelmäßig 10 Mark pro Woche verdienen. Würde dieser Vorschlag Gesetz, dann würden zahlreiche Frauen in Zukunft keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Auch die Verlängerung der Sperrfristen (Verlängerung der Wartezeit bei selbstverschuldeter Entlassung) und der Vorschlag, Unterstützung überhaupt erst nach 52wöchiger Arbeit und Beitragszahlung zu gewähren, gold erheblich auf das Konto der Frauen. Man stelle sich vor, welch erheblich großer Kreis von Frauen im Verfügungsgewerbe tätig ist, das besonders überwiegend Saisonarbeiter ist. Um die Wirkung des Vorschlages für selbstverschuldete Entlassung für die Frauen richtig beurteilen zu können, bei an die Entscheidungen von Arbeitsgerichten gegenüber Klagen von Frauen bei Entlassungen wegen Schwangerschaft erinnert.

Um das Maß der für Frauen besonders bemerkenswerten „Reformvorschläge" voll zu machen, bei weiter außerdem geplante auf die Wirkung, daß Arbeitseinkommen des Ehegatten auf die Unterstützung Verheirateter anzurechnen.

Die Regierungsvorschläge zeigen, daß die reaktionäre Diplomatie der arbeitenden Frauen, von der sie geringeren Widerstand erwarten als aus Männerkreisen, bei ihren Plänen in Rechnung gestellt wird.

Landesbibliothek Oldenburg

Aus dem Oldenburger Lande.

Ein Staat ohne soziales Gewissen.

Nachdem wieder ein guter Monat ins Land gegangen ist, weiß man scheinbar in Oldenburg immer noch nicht, was mit dem Wohnungsbau werden soll. Die 500 000 Mark staatliche Etatsmittel sind wie ein Tropfen auf dem heißen Stein verschwunden, ohne daß sie auch nur im geringsten vermocht haben, den Baumarkt zu beleben. Neben der Geringfügigkeit der Summe beruht dies vor allem auch auf der Tatsache, daß privates Kapital von nennenswerter Bedeutung nicht zu haben ist. Wie sehr aber ein Bedürfnis an Baugeldern zu erträglichen Zinsen vorhanden ist, darf wohl vor allem aus der Tatsache gefolgert werden, daß die Anmeldungen beim Staat auf Bürgschaftsübernahme schon jetzt so groß sind, daß nur drei Fünftel der bis jetzt angemeldeten Summen befriedigt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß noch lange nicht alle Stellen ihre Anträge eingereicht haben. Daneben drohen bei der Verteilung der Bürgschaften die größten Ungerechtigkeiten einzureißen. Bekanntlich hat die Regierung vom Landtag die Vollmacht bekommen bis zu einer Million Mark zu verbürgen. Solche Gemeinden nun, die nach einer recht groben Schätzung einen möglichst hohen Betrag anmelden, haben Aussicht, von dieser Summe ebensogut den prozentualen Anteil zu bekommen, als solche Gemeinden, die nur Beträge für die zunächst tatsächlich vorliegenden Anträge eingereicht haben. Wenn die Regierung, wie sie es in einer vorgestern stattgefundenen Besprechung im Ministerium erklärte, nach diesem Modus verfahren will, so droht die Frage des Wohnungsbaues in Oldenburg zu einer regelrechten Komödie zu werden. Aber die Sache hat noch mehr des Komödienhaften an sich. In der erwähnten Besprechung waren auch Vertreter aus Kreisen des Handwerks erschienen, die Anspruch darauf erhoben, daß auch sie bzw. ihre Interessentenverbände bei der Verteilung berücksichtigt würden. Erst sind es gerade die Abgeordneten der Wirtschaftspartei, die im Parlament dagegen wettern, daß der Staat Gelder für den Wohnungsbau schaffen soll. Dann aber scheuen sich dieselben Herren nicht, von der Regierung zu verlangen, daß ihnen Gelder auch für solche Bauten gegeben werden, die keine Klein- und Kleinstwohnungen und auch nicht solche für kinderreiche Familien enthalten werden. Helfen soll also der Staat schon, nur nicht dem allgemeinen, sondern dem privaten Nutzen einzelner. Unter dem Druck der allgemeinen Arbeitslosigkeit hat sich das Reich dazu entschließen müssen, besondere Mittel für den Wohnungsbau flüssig zu machen. Länder mit einer Landtagsmehrheit wie die Oldenburger bringen es aber fertig, trotzdem ihnen das Reich eine besondere Steuer für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, ganze 500 000 Mark und ferner die lächerliche Summe 22 500 Mark an Zinsbeihilfen zum Bau von Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß Zinsbeihilfen und Bürgschaften nur solange gewährt werden sollen, wie die Wohnungszwangswirtschaft besteht. Später soll der Baulustige sehen, wie er zurecht kommt. Leider werden aber die Wohnungslosen mitsamt den Arbeitslosen von diesem Landtag und von dieser Regierung, kurz von einem Staat wie dem Oldenburgischen, keine Hilfe zu erwarten haben. Wenn nicht die Steuerscheu jedes Fünfchen an sozialem Gewissen ertötet hätte, müßte der Landtag selbst jetzt noch zusammenteilen, um seine Pflichten zu erfüllen. Wer aber hat diese Hoffnung?

•

Unstimmigkeiten beim Bezirksverband der Fischereivereine.

Uns gingen folgende Zeilen zu: Auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Fischereivereine für das Weser-Ems- und Küstengebiet in Bremen, die nur von drei Verbandsvereinen (Hannover, Bremen und Oldenburg) beschickt worden war — es fehlten die Vertreter des Fischereivereins für Westfalen und Lippe und des Landesfischereivereins Braunschweig —, wurde von dem Führer der Oldenburger Vertreter, dem ersten Vorsitzenden des Landesfischereivereins, Hartig, Oldenburg, gegen die Verbandsleitung und deren Geschäftsführung Stellung genommen. Die Verbandsleitung hat einseitig die Interessen Bremens wahrgenommen und die Veranstaltung (internationaler Anglerwettstreit), für die die Stadt Oldenburg auserseben war, nach Bremen verlegt, ohne die Zustimmung des großen Oldenburgischen Landesfischereivereins einzuholen. Die Sache erscheint um so befremdlicher, als der Verbandsvorsitzende, Meliorationsrat Konken, Oldenburg, sogar Ehrenvorsitzender des Oldenburgischen Landesfischereivereins ist. Den kleinen Fischereiverein Bremen trifft natürlich ebenfalls eine Schuld insofern, als er hinter dem Rücken des Oldenburgischen Landesfischereivereins immer wieder versucht hat, die Veranstaltung von Oldenburg nach Bremen zu ziehen. — Im übrigen brachten die Referate über die Lachs- und Aalfrage nichts Neues. Beide Fragen werden allmählich Tagesfragen und erfordern fündige Bearbeitung. Auffällig ist, daß Bremen mit der Aalbrutgewinnung nicht wieder in Gang kommen kann. — Der Verbandsvorsitzende wurde mit 10 gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Ein Mißtrauensantrag Oldenburgs wurde mit 10 gegen 6 Stimmen einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen, was bei der Einstellung der übrigen Vereine, auch der Verein Bremen sitzt mit im Ausschuß, einer Ablehnung gleichkommt. Hierauf kündigte Hartig, Oldenburg, den Austritt des Oldenburgischen Landesfischereivereins aus dem Verbande, dessen Bedeutung gering und der jahrelang nicht in Erscheinung getreten ist, an und die Vertreter Oldenburgs verließen darauf geschlossen die Versammlung.

Sitzung der städtischen Kollegien Nordenhams.

Die Linke beantragt 10 Prozent Einsparung aller nichtzwangsläufigen Ausgaben.

Eine Sitzung des Stadtrats und des Oberrealschulvorstandes fand am Montag abend im kleinen Saale der „Friedeburg" unter der Leitung des Stadtratsvorsitzenden Brandt statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Kündigung des Studienrats Begemann genehmigt, an dessen Stelle wird der Studienreferendar Dr. Gernandt zunächst ein Jahr auf Probe angestellt. — Die Freiwillige Feuerwehr teilt mit, daß Herr Schümann seinen Posten als Gerätewart des Brandkommandos niedergelegt habe. Für ihn wurde Herr Rohlfs, Schillstraße 5, gewählt. — Dem Ankauf einer Straßenfläche zur Größe von 30 Quadratmeter (Bahnhofstr. 28) stimmt der Stadtrat zu. — Beschlossen wurde sodann die Erhebung der periodischen Grundsteuer. Die Rechte läßt erklären, daß sie trotz früherer Ablehnung nunmehr ihre Zustimmung — es handelt sich um die Besteuerung von Aktiengesellschaften, Kirchen usw. — erteile, trotzdem ihr diese Steuer unsympathisch sei. — Der Uebernahme des Stadtboten Ohm in das Beamtenverhältnis wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt. — Der Dachdecker Kr. stellte den Antrag, ihm für die Erbauung eines Holzhauses einen Bauplatz auf Erbbaurecht zu überlassen. Diesem Antrage wurde entsprochen. St.-M. Gerdes (Bgl.) bittet, darüber zu wachen, daß das Haus weit genug zurückgesetzt würde, um den Vorbau eines massiven Hauses zu ermöglichen. Es dürfe auch nicht zu dicht bei anderen Häusern aufgestellt werden. Sodann machte Herr Bürgermeister Ladmann zu den Voranschlägen 1930/31 folgende Ausführungen:

Der Voranschlag, der Ihnen heute zur Beratung und Beschlußfassung vorliegt, ist unter dem Gesichtspunkt ordnungsgemäßer Sachlichkeit und strenger Sparsamkeit aufgestellt.

Die Fehlbeträge aus 1928 und 1929.

Der Rechnungsabschluß 1928 wies einen tatsächlichen Fehlbetrag von 18 193 RM. auf.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1929 schloß ab ohne Fehlbetrag, es ist jedoch seinerzeit ausdrücklich der Vorbehalt gemacht worden, daß dieses nur durchgeführt werden könne unter der Voraussetzung, daß wenigstens die Hauptsteuern so einkommen müßten wie vorgesehen.

Die Restsumme der Ueberweisungssteuern ist vor kurzem eingetroffen, ein genaues Rechnungsergebnis kann jedoch noch nicht vorgelegt werden, jedoch hat der Herr Stadtkämmerer auf Grund eines unter dem 30. Juni d. J. aufgestellten vorläufigen Jahresabschlusses die bestimmte Erklärung abgegeben, daß Einnahmen und Ausgaben so gelaufen sind, wie sie seinerzeit veranschlagt wurden, daß also das Rechnungsjahr 1929 ohne Fehlbetrag abschließt.

Daneben läuft der Fehlbetrag aus früheren Jahren von 186 512 RM.

Die Schulden

belaufen sich auf 1 153 129 RM., wofür ein Abtrag von 19 374 RM. für das laufende Rechnungsjahr zu leisten ist, neben einer Zinssumme von 94 534 RM.

Diese letzte Summe dürfte sich noch etwas vermindern, da sich inzwischen ab 1. Juli d. J. der Zinsfuß ermäßigt hat, vorgesehen ist noch der frühere Zinssatz. Dagegen erfordert der Weserfonds, der am 1. April umgeliehen werden mußte, höhere Zinsen, die jedoch berücksichtigt sind. Die Zinsen allein betragen soviel wie die Einkommen aus den Hauptreallsteuern: Grundsteuer, Gebäudesteuer und Zuschlag zur Gewerbesteuer.

Von unseren Schulden sind 518 000 RM. langfristig und 635 000 RM. kurzfristig. Die verhältnismäßig große Höhe der kurzfristigen Verbindlichkeiten rührt daher, daß der größte Teil des Weserfonds noch nicht langfristig umgeliehen werden konnte. Zu Anfang d. J. sind 82 000 RM. kurzfristige Verbindlichkeiten umgewandelt in langfristige Darlehen. Neu eingestellt in den Voranschlag sind 42 000 RM. für die Neupflasterung von Straßen, sie sind auf Anleihe zu nehmen. Noch nicht berücksichtigt ist eine weitere Umwandlung kurzfristiger Verbindlichkeiten in Höhe von 50 000 RM. im Rahmen der sogenannten Konsolidierungsaktion, jedoch liegt die Zusage seitens der Sparkasse vor.

In der Gesamtsumme der Schulden sind enthalten 193 645 RM. von der Stadt aus weitergegebene Baudarlehen, die man abrechnen kann, so daß eine Verschuldung bleibt von rund 960 000 RM., in denen 100 000 RM. sogenanntes Betriebskapital mit enthalten ist.

Unser Vermögen

hat sich im Laufe des letzten Jahres um ein kleines vermehrt und zwar um das Grundstück, das von der Superphosphatfabrik und um das, welches von Mühlenfeld erworben ist, und ferner um das Sechsfamilienhaus.

Stellt man unser realisierbares Vermögen, das im Voranschlag mit dem Vorkriegswert aufgeführt ist, der ebengenannten Schuld gegenüber, so ist, glaube ich, zu Bedenken kein Anlaß. Dringend zu wünschen ist jedoch die Senkung des Zinsfußes. Ein Vergleich mit 1914 zeigt, daß damals nach dem Voranschlag eine Verschuldung von 1,9 Millionen Mark vorhanden war, bei einem Zinsendienst von rund 77 500 Mark.

Leider ist im vorliegenden Etat noch

nichts für den Wohnungsbau

eingestellt. Das ist mit zurückzuführen auf die völlige Aenderung der Grundläge über die Hergabe von Baudarlehen. Zuzustimmen ist der Forderung der Regierung, daß nur noch Klein- und Kleinstwohnungen gefördert werden sollen. Weniger erfreulich ist die Bestimmung, wonach die Baulustigen nicht mehr die Darlehen vom Staate direkt erhalten, sondern sie sich selber von Bankinstituten oder von Privaten beschaffen müssen.

Der Stadtmagistrat hat aber, da die Wohnungsfürsorge eine der Hauptsorgen ist, da ferner die Zahl der Wohnungssuchenden immer noch groß ist, auch die Pflicht der Stadt, solchen Mietern, die zwangsweise räumen mußten, ein Obdach zu geben, des öfteren in der letzten Zeit praktisch in Erscheinung trat,

wiederum sechs Kleinwohnungen beim Amtsvorstand angemeldet,

denn es gibt noch sehr krasse Fälle von Wohnungselend. So sei, um nur einige schlimme Fälle anzuführen, erwähnt, daß es zurzeit 40 Fälle gibt, in denen Familien mit einer Personenzahl von vier Köpfen in je zwei Räumen wohnen. 26 Fälle, wo Familien mit einer Personenzahl von drei Köpfen in je einem Raume wohnen. Fünf Fälle, wo Familien mit fünf Köpfen in je zwei Räumen wohnen.

Da aber die Aufnahme der Anleihe für die angemeldeten Wohnungen noch nicht geregelt ist, so ist, wie schon gesagt, im Voranschlag noch nichts vorgesehen.

Im Rahmen dieser Erörterung sei erwähnt, daß neben der Stadt, die im letzten Jahre, wie Ihnen ja bekannt, ein Sechsfamilienhaus errichtet hat, sich die Siedlungsgesellschaft mit einem Bau von sechs Wohnungen und die Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft mit einem Bau von zwölf Wohnungen in den Dienst der Verminderung der Wohnungsnot und Arbeitsbeschaffung gestellt hat.

Die Siedlungsgesellschaft wird in diesem Jahre wieder sechs Wohnungen im Auftrage der Post errichten.

Es ist oben erwähnt, daß der Voranschlag mit großer Sparsamkeit aufgestellt ist. Verschiedene dringende Aufgaben konnten nicht berücksichtigt werden, z. B. mußten die Wünsche derjenigen, die Schulneubauten für äußerst wünschenswert halten, zurückgestellt werden. Desgleichen der Ausbau der Kanalisation nach Atens hin, desgleichen die erforderliche Umpflasterung der Viktoriastraße, des Mittelweges und anderer Straßen, die es wirklich nötig haben.

Einen breiten Raum im Voranschlag nimmt die Fürsorge ein.

Die schwere wirtschaftliche Lage, auch die Lage der Reichs- und Landesfinanzen bringt es mit sich, daß die Sorge für die Ausgesteuerten, für die Krisenempfänger und sonstige Fürsorgebedürftige sich faßt nur noch in der Gemeinde voll auswirkt.

Nur einige Zahlen, um dies zu illustrieren. Zu Beginn des Jahres 1927 waren 22 Ausgesteuerte zu unterstützen, im Jahre 1928 betrug die Höchstzahl im Oktober 30, im Jahre 1929 die Höchstzahl im Dezember 38, und heute, im Juli, also im Hochsommer, beträgt die Zahl schon 65, das ist eine Steigerung von 300 Prozent.

Demgemäß steigern sich auch die Ausgaben, denen Einnahmen nicht gegenüber stehen, im Gegenteil,

die Ueberweisungssteuern haben sich gesenkt.

Die Auswirkung zeigt sich bei uns in unserm Voranschlag im Ausgleichstock, dessen Endsumme ein Fünftel niedriger ist als im Vorjahre. Die einzigste und beste Abhilfe ist: Arbeitsbeschaffung. Nun aber ist es für uns als Stadt hier schwierig, produktive Notstandsarbeit zu beschaffen, allenfalls kommt Straßenbau in Frage. Aber da zeigen die von uns aufgestellten Berechnungen, daß zur Hauptsache Materialkosten entstehen, und nur wenig anrechnungsfähige Tagewerke in Frage kommen. Daher sind Notstandsarbeiten im Voranschlag auch nicht vorgesehen. Die Bemühungen der Verwaltung, Ausgesteuerte bei Notstandsarbeiten des Reichsbandes und des Staates unterzubringen, sind von einigem Erfolg gewesen, sie finden ihre Grenzen in der Bestimmung, daß bei Notstandsarbeiten nur ein bestimmter Prozentsatz Ausgesteuerter beschäftigt werden darf.

Die Bemühungen der Verwaltung in dieser Richtung werden fortgesetzt. Falls der Stadtrat es wünscht, kann hierüber ausführlich berichtet werden.

Der Zuschuß, den die Kasse Fürsorge erfordert, beläuft sich voranschlagsmäßig auf 133 000 RM., das ist mehr als die Hälfte des uns zustehenden Reichseinkommensteueranteils.

Die Zahl der Ausgesteuerten wird wahrscheinlich noch anwachsen, so daß wir hier allen Grund haben, düster in die Zukunft zu schauen und nur ganz dringend wünschen müssen, daß Land und Reich Wege suchen mögen, um diese Lasten der Gemeinden zu mildern.

Nur der Abschnitt

Oberrealschule

sei kurz gestreift und zwar deswegen, weil im Amtsrat Erörterungen darüber stattfanden. Dort wurde auf dem Gebiete des Schulwesens ein mehr planmäßigeres Vorgehen gewünscht. Dem wird nur jeder zustimmen können und wir, glaube ich, bemühen uns, unser Schulsystem so auszubauen, daß möglichst jeder Erziehungsberechtigte die Möglichkeit hat, seine Kinder dahin zu senden, wohin sie ihrer Begabung nach gehören. Deswegen sind auch von uns Vorkurse eingerichtet worden, die auch im Amtsrat anerkennend erwähnt wurden.

Weiter wurde eine gleichmäßige Heranziehung der dafür in Frage kommenden Erziehungsberechtigten zu den Kosten gewünscht. Dazu ist zu sagen, daß wir von dem m. E. richtigen System der Verteilung der Kosten nach dem Einkommen abgekommen sind aus hier bekannten Gründen.

Der Weg, der nun nach langer Beratung beschritten ist und einhellige Zustimmung im Vorstand der Schule und auch im Amtsvorstand gefunden hat, bleibt in der Belastung der auswärtigen Erziehungsberechtigten noch erheblich hinter den Selbstkosten zurück, gibt daneben aber recht weiten Spielraum zur Ermäßigung bzw. Erlaß für Minderbemittelte, z. B. sei erwähnt, daß von 187 Einheimischen 46 Ermäßigungsstellen haben, das ist zirka 25 Prozent, von 123 Auswärtigen 60, das ist bald 50 Prozent. Daneben laufen noch die vorgeschriebenen Geschwisterermäßigungen. Es wird also mehr getan, als die im Amtsrat herangezogene preußischen Bestimmungen fordern.

Scheinbar ganz vergessen haben aber die im Amtsrat ablehnend sich verhaltenden Mitglieder, daß die Stadt Nordenham zu den Kosten der Schule 54 000 RM. beiträgt, ferner noch das Drittel des Amtsverbandszuschusses in Höhe von 12 000 RM. Soviel als Erwiderung zu diesem Punkt.

Ich glaube in diesem Kreise nicht betonen zu brauchen, wie stark die veranschlagten Einnahmen abhängig sind von dem örtlichen Umfange und der Intensität des Handels, der Industrie, des Verkehrs, des Gewerbes, des Handwerks. Besondere Erörterungen darüber anzustellen, dürfte für einen Teil dieses Gebietes verfrüht sein, da hier vieles im Werden und Fließen ist.

Ein Blick sei noch geworfen auf den jetzt von Bremen und Preußen unterzeichneten und abgeschlossenen

Staatsvertrag über Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen,

insbesondere auf das sogenannte Weser-Ems-Abkommen, worin unter anderm gesagt wird, daß Bremen und Preußen mit Rücksicht auf das gemeinsame Hinterland der Weser und Ems zur Vermeidung von unwirtschaftlichen Anlagen auf eine einheitliche Entwicklung des Wirtschaftsgebietes an Weser und Ems und insbesondere auf eine einheitliche Seehäfenpolitik für dieses Gebiet hinwirken wollen und daß beide einander rechtzeitig von Maßnahmen Kenntnis geben, die die Interessen des anderen Vertragteiles berühren, mit dem Ziele, eine wirtschaftlich vernünftige Ausnutzung der Seehäfen sich zu stellen.

Leider sind Oldenburg und oldenburgische Unterweserhäfen in diesem Abkommen mit keiner Silbe erwähnt, auch sind sie nicht in der zu obigem Zweck noch zu ernennenden Kommission vertreten. Meine persönliche Ansicht darüber ist die, daß ich dieses sehr bedauere.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß unsere eigenen städtischen Werke im verflossenen Jahre stetigen Aufstieg genommen haben, so daß, wie aus dem Voranschlag ersichtlich, die Abgabe an die Stadt noch erheblich gesteigert werden konnte.

Ich bitte den Stadtrat, den Voranschlag so annehmen zu wollen.

(Fortsetzung auf 3. Seite Hauptblatt.)

Nordwestdeutsche Rundschau.

Vom Lande. Beginn der Kornernte. In verschiedenen Gegenden des Landes hat man schon mit der Kornernte begonnen. Die große Wärme und Trockenheit der letzten Wochen hat das Getreide um fast vierzehn Tage früher als in manchen anderen Jahren reifen lassen.

Emden. Beim Baden ertrunken. Drei Kinder einer Emdener Familie im Alter von fünf bis elf Jahren waren nach dem Kleinen Meer hinausgefahren und badeten im sogenannten Helke-Schlot. Bei dem allgemeinen Trubel achteten die in der Nähe befindlichen Leute nicht weiter auf das etwa elfjährige Mädchen, als es tauchte. Plötzlich erfaßte ein Herr, der dort badete, das Kind im Wasser und brachte es an Land. Sofort wurden Wiederbelebungsversuche angestellt. Eine zufällig beim Meer anwesende Aerztin konnte die nötigen Anweisungen geben, doch hatten alle Bemühungen um das Kind keinen Erfolg mehr. Es wurde nach Emden in die Leichenhalle überführt.

Utarp. Rätselhafter Todesfall. Die bei dem Landwirt Lüke Freese in Utarp in Dienst stehende Dienstmagd Marie Oltmanns hatte sich zum Melken begeben und da sie reichlich lange über die gewohnte Zeit hinaus wegblieb, suchte man nach ihr. Da man genauere Anzeichen ihres Verschwindens nicht hatte, suchte man zunächst mit einer Fischernetz eine Kuhle ab, wobei ihre Leiche geborgen werden konnte.

Norderney. Von Juist nach Norderney geschwommen. Der bekannte Schwimmer, Weltmeister Otto Kemmerich, schwamm von Juist nach Norderney. Er verließ Juist mit Uhr, Kompaß und Signalflagge versehen, um 3.30 Uhr, und landete nach Zurücklegung der fünf Kilometer langen Strecke um 4.15 Uhr am hiesigen Strand beim „Roten Teppich". Das Durchschwimmen bereitete bis auf eine kurze Strecke Strömung in der Nähe der Insel keinerlei Schwierigkeiten. Wenige Augenblicke nach der Ankunft am Strande wo ihn ein Kreuzfeuer von Photographen empfing, hielt Kemmerich im „Roten Teppich" einen interessanten Vortrag über seine Taten und Erlebnisse.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Leiche im Paket.

Das Geheimnis der grauenvollen Torsofunde in den Gewässern Berlins. — Wer zerstückelte Frieda Ahrendt? — Im Obduktionszimmer des Schauhauses. — Ist es Kurt? Ist es nicht der Kurt?

Unserer Brief.

Wie bereits gemeldet, ist die Berliner Mordkommission mit der Aufklärung eines sensationellen Verbrechens beschäftigt, die auf Grund eines grausigen Leichenfundes im Landwehrkanal mit den Ermittlungen einsetzte. Der grausige Fund, der dort gemacht wurde — es handelt sich um einen menschlichen Torso — ist der dritte, den die kriminalistische Statistik der letzten Jahre aufweist. Wir geben im Nachstehenden die Eindrücke unseres Berliner Kriminalreporters wieder, der Gelegenheit hatte, die drei geheimnisvollen Affären mit der Berliner Kriminalpolizei zu verfolgen.

An einem dieser Tage gab in den Abendstunden die Abteilung „Mord" im Berliner Polizeipräsidium den Alarm an die aktive Kommission. Am Landwehrkanal war ein grauenhafter Fund gemacht worden: Passanten hatten im Wasser des großen Kanals ein Paket schwimmen sehen, das ihnen verdächtig erschien. Ein herbeigerufener Schupo fischte das Paket aus dem Wasser heraus. Man öffnete es und fand einen zerstückelten Körper, einen männlichen Torso. 24 Stunden später, kaum daß die Mordkommission mit ihrer Arbeit begonnen hatte, wurde an einer anderen Stelle im selben Kanal ein weiteres Paket aufgefischt, das noch einige Körperteile enthielt.

Grauen und Entsetzen liegt über diesem unheimlichen Fund . . .

Das Mißtrauen an der Litfaßsäule.

„Tausend Mark Belohnung" — verheißt das rotschwarze Mordplakat, das an den Litfaßsäulen der Stadt klebt. Die Menschen stehen davor und unterhalten sich über den Fund und mustern sich gegenseitig mit argwöhnischen Blicken. Wer ist der Mörder? Wer ist der „Mensch", der einen andern zerstückelte und seinen Torso in dunkler Nacht ins Wasser warf? Diese Frage beschäftigt jetzt zum dritten Male die Mordkommission, die jetzt zum dritten Male die Untersuchung in einem Torsofund führt. In den ersten beiden Fällen handelte es sich um den Torso einer Frau, jetzt handelt es sich um den eines Mannes. Dreimal ist eine grausame bestialische Tat verübt worden, die in der Ausführung vollkommen die gleiche ist. Durch diesen Umstand ist die Aufmerksamkeit auf die dem letzten Fund vorhergehenden Funde gelenkt worden. Seltsam ist auch, daß diese Morde immer um den Monat Juli herum geschahen. Im Juli dieses Jahres, im Juli vorigen Jahres, im Juli vor vier Jahren . . .

Es war an einem solchen drückend heißen Tage, wie wir ihn jetzt in stoischer Ruhe ertragen müssen, als ein paar Schiffer aus der Havel in der Nähe des bis heute berüchtigt gebliebenen Schildhorns ein Paket aus dem Wasser zogen, in dem ein Torso verpackt war. Die beweglichen Glieder fehlten. Die Obduktion ergab, daß es ein weiblicher Körper war, der da irgendwo und irgendwann zerstückelt wurde. Die Zeit verrann. Nichts konnte aufgeklärt werden. Bis eines Tages . . .

In einzelnen Häusern von Berlin W. fanden die Bewohner auf dem Hausflur und auf den Treppen Pakete, die jemand dort niedergelegt hatte, den niemand kommen und gehen sah. In diesen Paketen fand man zwei menschliche Hände und zwei Oberschenkel. Der Kopf fehlte noch; er fehlt heute noch! Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei arbeitete. Man machte Fingerabdrücke von den gefundenen Händen und so kam es, daß man die Ermordete als die Prostituierte Frieda Ahrendt rekognoszieren konnte, die aus ihrem Spandauer Quartier seit geraumer Zeit spurlos verschwunden war. Mit erneuter Wucht setzte die Arbeit der Kommission ein; es war indes alles ohne Erfolg. Ein Geheimnis lag hier vor, hinter das niemand kam, das niemand kannte.

Der Fund von Schildhorn.

Ein paar Fischer fuhren in ihren breiten Booten über die Havel, kreuzten die Stelle am Schildhorn und sahen etwas im Wasser schwimmen. Sie zogen ein Paket aus dem Wasser. Sie öffneten es und fanden: einen Torso. — Das Auto der Mordkommission raste durch die Straßen hinaus über die Peripherie hinweg, hinunter nach Schildhorn. Der zweite Fund! Der Kopf des Torsos fehlte, die beweglichen Glieder ebenfalls. Die schweigende Nacht sah in hellerleuchtete Räume im Norden Berlin, in denen an einem Tisch Männer in weißen Kitteln standen, deren Hände über einen Torso glitten und ihn sezierten. Draußen dämmerte schon der anbrechende Morgen. Die Weltstadt erwachte langsam. Arbeiterkolonnen stampften den Asphalt und verschwanden in den Bangruben der Untergrundbahn. Und drinnen im Obduktionszimmer des Schauhauses standen die Gerichtsärzte und suchten sich darüber schlüssig zu werden, ob der Torso der einer Frau oder der eines jungen Mannes sei. Der neue Tag kam und brachte die Aufklärung. Da nämlich, als man weitere Körperteile im Wasser der Havel fand. Es waren die eines jungen Mädchens. Und dann fand man den Kopf. Binnenschiffer entdeckten ihn, als sie ihre Kähne von den Pflöcken am Spandauer Kai loslösten. Ein Kopf trieb da zwischen den Planken im Wasser. Doch niemand weiß, wer die Tote ist. Tagelang durchsuchten die Geheimpolizisten die Prostituiertenquartiere von Spandau. Es blieb alles ohne Erfolg. Der zweite Torsofund blieb das gleiche große Rätsel. Die Ermordete war eine Namenlose, die die Weltstadt verschluckt hatte, und die von der Hand eines Mörders zerstückelt wurde.

Und immer wieder das Grauen im Juli.

Ein Jahr vergeht. Wieder kommt der Juli. Und wieder ein Tag, an dem Menschen ein Paket aus dem Wasser ziehen, nicht aus der Havel, nicht bei Schildhorn, sondern aus dem Landwehrkanal, oben, an der Möckernbrücke, da, wo nicht allzu weit ab Schleppkähne am Hafenplatz ihre Anker werfen! Und wieder eine Nacht im Schauhaus. Das ist die dritte Nacht, in der ein Torso seziert wird. Schweigend arbeiten die Aerzte. Der Raum ist kahl, nüchtern und läßt eine unruhige Stimmung aufsteigen. Scharf heben sich die Gesichter der Mediziner ab, die Pinzetten glitzern im Schein des elektrischen Lichtes, die Atmosphäre im Raum ist stickig. Zigarettenrauch steigt in dicken Schwaden zur Decke. Ein Bild grau in grau, durchbrochen nur von den weißen Kitteln der Mediziner. In den Hirnen hämmert es. Die Gedanken jagen sich und formen sich zu der großen Frage: „Wer ist der Mörder?" Niemand weiß bisher, wer der Tote ist, dessen Kopf noch im Wasser gefunden wurde. Niemand erkennt ihn wieder. Noch haben die Recherchen zu keinem Resultat geführt. Noch kursieren nur Gerüchte. Ein paar Frauen wollen wissen, daß ein Mann vermißt wird. Er soll so elegant gekleidet gewesen sein wie der Ermordete. Der Vermißte soll auch ebenso gepflegt gewesen sein wie der Ermordete gewesen zu sein scheint. — „Ja, es ist der Kurt!" schreien sie und debattieren an ihrer Ecke am Wittenbergplatz über den Vermißten, über den Mord und über ihre Angst, sich bei der Mordkommission zu melden. Bis sie doch kommen und feststellen, daß es nicht „ihr Kurt" ist. — Tag und Nacht sind die Beamten unterwegs, um das Geheimnis zu lüften, das hinter diesem Geschehen mit zusammengekniffenen Augen steht, die Umrisse des Mörders wohl erkennen lassend, aber nicht: — sein Gesicht.

Der neue deutsche Fliegengewichtsmeister.

Meßner schlug im Kölner Titelkampf um die deutsche Fliegengewichtsmeisterschaft den bisherigen Meister Kohler bereits in der dritten Runde k. o.

Wanderarbeiter in Amerika.

Von
Karl Möller.

Die Jagd nach dem Gelde und die Hast nach geschäftlichen Erfolgen sind die belebenden Elemente des Durchschnittes der amerikanischen Bürger. Trotzdem leben jenseits des Ozeans mehr Menschen, die auf diese Dinge verzichten und ihren eigenen Weg gehen als man in Europa annimmt. Es wird in Amerika nur weniger davon gesprochen. Man übersieht lieber das, was nicht in den geordneten Rahmen paßt. Solange aber der Mensch drüben nicht mit dem Staate oder der öffentlichen Meinung in Konflikt gerät, kann jeder sein Leben so einrichten, wie er will. Und die Weite des Landes, die Verschwendung, die sich ein reiches Land leisten kann, haben am Rande der bürgerlichen Ordnung eine Menge Existenzen groß werden lassen, die wenig zu dem Bilde passen, das man sich bei uns von USA. macht.

Niemand fragt danach, wer dabei zugrunde geht. Jeder ist sein eigener Herr, aber auch allein für sein Schicksal verantwortlich. Soziale Hilfe und Fürsorge für aus der menschlichen Gesellschaft Entgleiste gibt es kaum. Das ist die äußerste Konsequenz der kapitalistischen Lebensanschauung: frei von allen Bindungen, aber auch frei von jeder menschlichen Gemeinschaft und Unterstützung zu sein. Es mag stimmen, daß die Hilfeleistung von Mensch zu Mensch drüben trotzdem größer als anderswo ist, weil jeder denkt, ob er nicht mal in die gleiche Lage geraten kann. Für den Staat jedoch existieren die nicht mehr als wohlgeordnete Glieder geltenden, ruhelos umherziehenden Menschen erst dann, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Das Land ist ja so groß, daß die meisten sich durchschlagen, wie es die Zeit gerade erlaubt, und die wird freilich auch für diese Leute immer schlechter. Das Leben der amerikanischen Landstreicher, Tramps, genannt, hat Jack London vortrefflich in seinen Werken geschildert.

Das einst so beliebte Blindfahren auf den Güterzügen ist heute jedoch ein gefährlicher Sport geworden, da die Bahnpolizei in USA. jeden Blindfahrer nach Anruf erschießen darf, nachdem die Bahnberaubungen in solch erschreckendem Maße zugenommen haben.

Nun können die amerikanischen Walzbrüder aber nicht wie bei uns durch das Land tippeln, mit Packsack und Wanderstab. Dazu sind die Entfernungen zu groß. Dafür nehmen Lastautos und für den sauber Angezogenen auch Privatleute ziemlich jeden auf, der auf der Landstraße dahergeht, und an den Wegkreuzungen sieht man manchen mit seinem Bündel sitzen, der in philosophischer Ruhe auf einen „Ride" wartet. Auf diese Weise durchkreuzen viele mehrmals im Jahre den Kontinent. Andere haben sich von irgendeinem Schuttbaufen einen alten Motor geholt, ein paar Kisten und vier Räder daran montiert, und fertig ist das eigene Auto, das auch mit in der Stadtbahn zählt, noch der jeder fünfte Amerikaner sein Auto hat. Der Betriebsstoff zum Fahren wird erbettelt, oder durch Autowaschen schnell verdient.

Ueberhaupt hat der Tramp in Amerika größere Freiheit und ist selten so heruntergekommen wie sein europäischer Bruder, denn irgendeine schnelle Gelegenheitsarbeit bietet sich immer mal. Nicht selten greift man aber auch zu bequemeren Methoden, um zu Geld zu gelangen. So geschah es in einem kleinen Städtchen des äußersten Westens, daß eine ganze Truppe von Tramps, mit ihren Autos angekommen, die Hauptstraße verperrte und jeden Vorübergehenden um Geld anging. Um Unannehmlichkeiten zu ersparen, gab jeder etwas, und ehe die Polizei kam, waren alle auf und davon, trotzdem die wackeren Gesetzeswächter sie wahrscheinlich auch nur in den nächsten Ort gejagt hätten, um ihre Ruhe zu haben, und damit die nächste Polizeistation auch ihre Freude haben soll.

So irren diese freiheitsliebenden Abenteurer durch Prairie und Steppe und durch das Hochgebirge, ja gelegentlich als blinde Passagiere oder Trimmer sogar nach Australien oder Südamerika. Keiner ist ihnen Freund, als Himmel und Erde und ein zufälliger Kamerad.

Sie kennen oft jeden Platz auf der halben Erde, verstehen mehrere Sprachen und sind oft froh, nur ein Nachtlager zu erhalten, um am nächsten Morgen weiter zu wandern, immer auf ihrer ewigen Jagd nach dem Wunder.

Von den Tramps sehr verschieden sind die Wander- oder Saisonarbeiter. Sie sind überall dort, wo gut verdient wird, etarbeiten sich rasch eine Menge Geld und verjubeln das ganze Geld in ein paar Wochen in der nächsten Stadt. Sie sind eigentlich unsympathischer als der Tramp. Oft findet man unter ihnen rohe und unehrliche Gesellen, während die meisten Vagabunden vertträumte Gemüter sind, oft junge Menschen aus europäischen Ländern, die sich in das auf den Dollar eingestellte Amerika nicht eingewöhnen können. In Massen treten die umherziehenden Arbeiter bei der Weizenernte in der Prairie auf. Da sind sie unentbehrlich. Für ein paar Wochen gibt es dann bei äußerst schwerer Arbeit sehr hohe Löhne und erstklassiges Essen, da sonst die Leute weglaufen würden. Und man braucht sie dringend, um die Ernte vor dem ersten Schneesturm hereinzubringen. Hier wird die eiserne Reserve für den langen und schweren Winter verdient.

In der Stadt aber sind diese wandernden Arbeiter mit ihren geringen kulturellen und geistigen Ansprüchen eine unangenehme Konkurrenz für die ansässige Arbeiterschaft und sind deshalb oft verhaßter als die bettelnden Landstreicher.

Meist wird ja in der Großstadt nur der Verdienst ausgegeben, und dann geht es wieder hinaus auf die Farmen. Bald im Süden in der Orangenernte, bald in Californien oder in Mexiko, dann wieder im Norden zur Heu- und Getreideernte jagen diese Menschen im Lande umher, oft mit eigenen Zelten im Auto, überall und nirgends zu Hause. Viele von ihnen, und fast alle Tramps, sind wohl schon als junge Burschen von zu Hause ausgerückt, als ihre Abenteuerlust nicht mehr zu bändigen war. Für sie ist dieses Leben die einzige Erlösung. Nur wenige lassen später noch mal festen Fuß und lassen sich irgendwo nieder. In der Neuen Welt ist auch für sie noch Raum genug, während in Europa nur Gendarmenhelm und Gefängnisgitter auf sie warten, wenn man von den wenigen, mustergültigen Anstalten in manchen Großstädten absieht, die durch den Druck der Arbeiterschaft auch für unsere ruhelosen Brüder eingerichtet sind. In jedem Menschen schlummert ja noch ein Stück Landstreichertum, und ohne Freiheitsliebe und Sehnsucht nach Abenteuern wäre die Welt ein armseliger Jammer. Nur die Wege dahin sind verschieden. Manche wandern langsam und bedächtig, andere jagen ohne Ruhe rastlos und dämonisch vorwärts . . .

Blinkwunder Fensterputz

Aus aller Welt.

Die Bankkonten der Sträflinge.

Den südafrikanischen Behörden war es bekannt geworden, daß einige Sträflinge, die erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden waren, bei einer Bank in Johannesburg recht stattliche Guthaben besaßen, auf die ständig größere Einzahlungen erfolgten. Eine eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Kontoinhaber dauernde Beziehungen zu ihren „Kollegen", die noch ihre Strafen im Gefängnis von Prätoria absitzen mußten, und dort in der Gefängnisdruckerei beschäftigt waren, unterhielten. Daraufhin ordnete der Polizeichef eine allgemeine Durchsuchung des Gefängnisses an. Eines Abends drangen unverhofft 130 Polizisten durch einen versteckten Gang in das Gefängnis ein und durchsuchten alle Räume. Zu ihrem größten Erstaunen entdeckten sie in der staatlichen Gefängnisdruckerei eine gut organisierte Fälscherwerkstatt. Man fand Klischees für den Druck von Losen einer Staatslotterie, ferner fertiggedruckte Eisenbahnaktien, verschiedene Wertpapiere und ganze Bündel falscher Geldscheine, die gerade in den Umlauf gesetzt werden sollten. Im Zusammenhange mit dieser überraschenden Entdeckung wurden in der Stadt zehn Bürger festgenommen, die die Fälschungen der Sträflinge vertrieben hatten. Die großen Bankkonten der ehemaligen Sträflinge hatten so eine unerwartete Aufklärung gefunden.

Zehn Jahre unter Mordverdacht — dann freigesprochen.

Das Schwurgericht in Meseritz hat den Angeklagten Gutsbesitzer Georg Janisch aus Kainsicht von der Anklage des Doppelmordes freigesprochen. — Der Angeklagte war beschuldigt, vor zehn Jahren, am 30. November 1919, seinen Bruder und dessen Ehefrau, als sie von einem Kirchweihfest nach Hause zurückkehrten, hinterrücks erschossen zu haben, um sich in den Besitz des väterlichen Gutes zu bringen.

Humor und Satire.

Tempo.

Plötzlich hält der Zug. Steckt ein Reisender den Kopf zum Fenster hinaus und fragt: „Weshalb fahren wir nicht weiter?"

„Eine Kuh liegt auf den Schienen", erwidert der Schaffner.

Endlich fährt der Zug wieder los. Nach zwanzig Minuten steht er wieder fest.

„Was ist denn nu los?" brüllt der Reisende.

„Eine Kuh liegt auf den Schienen", gibt der Schaffner zur Antwort.

„Was, schon wieder eine Kuh?"

„Es ist dieselbe wie vorhin."

Das Gegenteil.

Paul: „Ich wünschte, die Schule fiel heute aus."

Karl: „Im Gegenteil."

Paul: „Wieso im Gegenteil?"

Karl: „Ich wünschte, sie fiele ein."

Hausfreund mit Erlaubnis des Gatten.

Aus Paris wird berichtet: Die Pariser Ehebruchskomödie, seit Jahrzehnten einer der wichtigsten französischen Exportartikel, dürfte bald, auf gut berlinerisch, zur „allen Kamelle" werden, denn die Wirklichkeit, wie sie sich oft in Gerichtsverhandlungen spiegelt, stellt die Phantasie des gewiegtesten Schwankdichters in den Schatten.

Der Held einer solchen tragikomischen Ehebruchskomödie aus dem Leben stand in Tours, der alten Römerstadt, in der Person des reichen Gutsbesitzers Bouchaud vor den Richtern. Bouchaud hat bereits zweiundsiebzig Lenze gesehen, sich aber erst vor einigen Jahren zum zweitenmal, und zwar mit seinem früheren Mädchen für alles, verheiratet. Frau Rachel Bouchaud ist erst dreißig Jahre alt, also etwa vierzig Jahre jünger als ihr Herr und Gebieter, der noch älter und gebrechlicher aussieht als er ist. Der weißhärtige Greis ist beschuldigt, am 27. März seine Frau Rachel durch vier Revolverschüsse schwer verletzt zu haben. Sein Verteidiger führt begründete Eifersucht als Milderungsgrund an, ein Argument, das bei französischen Richtern und Geschworenen nie seine Wirkung verfehlt. Aber nun kommt der Staatsanwalt mit seiner Sensation heraus, die selbst dem in manchen Skandalaffären bewanderten Vorsitzenden den Atem benimmt. Der alte Herr hat nämlich mit Frau und Hausfreund einen Vertrag geschlossen, worin Madame ausdrücklich autorisiert wird, sich den gutgebauten und robusten Baulömen Hette, einen dreißigjährigen verheirateten Mann, zum Hausfreund zu küren. Der Vertrag enthält nur die Bedingung, daß die Frau das Hause und der Hausfreund Hette ihre Schäferstündchen im Hause des Gehörnten abhalten müssen. Dies geschieht auch und der vorurteilslose Greis bewirtet selbst den lieben Gast, reicht ihm die Zigarrenkiste, schenkt ihm seine besten Weine ein, wenn er zu Besuch kommt.

„Ich tat es, um im Hause Ruhe zu haben", bemerkt der Angeklagte reßgniert, „sie war eine Furie, ich dachte mir, das wird sie beruhigen." Um die Sensation voll zu machen und den Knoten des Ehedramas noch pikanter zu schürzen, tritt auch die elegante und hübsche Frau Hette als Zeugin auf. Sie war zuerst empört, als sie von dem Kontrakt mit ihrem Manne hörte, aber der alte Herr beruhigte sie und sprach: „Seien Sie modern! Tun Sie wie ich, Madame Hette, schließen Sie beide Augen!" Was Frau Hette auch tat, denn ihr Aristide war Mann genug, auch zwei Frauen gerecht zu werden. Und so lebten die beiden seltsamen „modernen" Ehepaare in schönster Harmonie und Freundschaft zusammen, bis . . .

Man fragt sich nun erstaunt, wie es bei solch rührender Vorurteilslosigkeit aller Beteiligten zu einer blutigen Schießerei kommen konnte? Ja, das kam so. Frau Bouchaud flüchtete mit ihrem Hausfreund nach Paris, was gegen den Vertrag war. Herr Bouchaud und Frau Hette fuhren den Flüchtigen nach. Man versöhnte sich wieder bei einem leckeren Dejeuner zu vier, aber Frau Rachel wollte nicht wieder nach Hause, und da griff der betrogene alte Mann zur Waffe. Da Frau Bouchaud wieder hergestellt ist, wird er freigesprochen . . .

Landesbibliothek Oldenburg

Dritter Tag im Gefängnisprozeß.

Verfahren gegen Oberwachtmeister P. und Kaufmann B. — P. beteuert seine Unschuld. — Was sagt B. — Er wollte der Untersuchung dienen. — Polizeibeamte sagen aus. — Der Untersuchungsrichter als Zeuge. — Neue Belastungen und Entlastungen.

Nachdem am gestrigen Abend in dieser Angelegenheit das erste Urteil gefallen ist, begann heute früh der zweite Fall in der Amtsgerichtsgefängnisaffäre. Die gemeinsame Strafsache wiederum gegen den Oberwachtmeister P. heute in Verbindung mit dem Kaufmann B. ist die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen. — Den angeblichen Tatbestand dieser Sache konnten unsere Leser bereits gestern aus der wiedergegebenen umfangreichen Anklageschrift ersehen. Auch in diesem Falle ist das Zeugenaufgebot recht erheblich; etwa 50 Personen die zum Teil schon gestern und vorgestern vernommen wurden. Verteidigt werden beide Angeklagte von Rechtsanwalt Heyne.

Auf Vorhalt erklärt zunächst P., daß er mit den weiblichen Gefangenen keine intime Beziehungen gehabt habe und auch niemand zum Schweigen über solche veranlaßt. Er wollte nur eine Belastungszeugin gegen den verstorbenen B. haben, der angeblich mit einer weiblichen Gefangenen „hantierte". Der Vorsitzende drückt seine Verwunderung über das unerquickliche Verhältnis der Gefängnisbeamten untereinander aus. Einer sei dem anderen mit Mißtrauen begegnet.

Der Angeklagte P. beteuert auch heute wieder seine Unschuld.

Er habe sich einer Gefangenen D. gegenüber selber solch schmutziges Gerede energisch verbeten. Dann der Fall mit der Ehefrau S. Der Ehemann S. verlangte — wie bekannt — von B. und P. Geld zur Wiederherstellung der Ehre seiner Frau, die sie durch diese Gefängnisbeamten angeblich verloren habe.

Der Angeklagte P. bestreitet, sich mit dem Angeschuldigten B. wegen Beeinflussung der Zeuginnen in Verbindung gesetzt zu haben. Er habe den Mitangeklagten B. wohl auf der Börsenstraße getroffen, dabei habe er ihm von den Erpressungen der Frau S. erzählt. B. habe hierauf geantwortet, die S. habe sich durch dieses unverantwortliche Vorgehen direkt strafbar gemacht; er solle sie doch anzeigen.

Der Angeklagte B. gibt an, daß P. ihm erzählte, daß die Frau S. gegen ihn eine Anzeige erstattet habe und scheinbar mit dem Inspektor B. unter einer Decke stecke. Darauf will B. den Inspektor B., den er als ehrenwerten Mann gekannt habe, in Schutz genommen haben gegen diese unschöne Verdächtigung. B. betont, daß er des weiteren aber auch heute noch an die Unschuld des Oberwachtmeisters P. glaube. Um so mehr, als auch er, B., in dieser Angelegenheit so unglaublich verleumdet worden sei. Sodann schildert er, wie die Frau S. an ihn herangetreten sei, um von ihm Auskunft zu erhalten, wo sie speisen könne. B. bestreitet, zu der Zeugin gesagt zu haben, sie brauche nicht zur Vernehmung durch den Untersuchungsrichter zu kommen. Er benennt Zeugen dafür, daß er in der fraglichen Zeit mit der S. auch nicht zusammen war. In einer anderen Zeit habe er die S. wohl in einem Kaffeehause gesehen; dort habe sie ihn gefragt, wieviel an Auslagen sie wohl erstattet bekomme. Sie habe ihm ihre Reiseroute genannt und er habe ihr die Kosten ausgerechnet. Bei der Gelegenheit habe die S. ihm erzählt, daß sie noch 1000 Mark bekomme. Ihr Mann habe schon an einen Gefängnisbeamten geschrieben, wenn er das Geld nicht bekomme, werde ihr Mann Anzeige erstatten. Worauf B. der Frau S. das Verwerfliche solchen Tuns vorgehalten haben will. Im Laufe des weiteren Gesprächs habe er die S. dringend ermahnt, vor Gericht stets die Wahrheit zu sagen. Nach dieser Zusammenkunft, die zwischen 5 und 6 Uhr stattfand, traf der Angeklagte die S. später abends wieder. V. bemerkt besonders, daß er mit diesen Zusammenkünften nur der Untersuchung habe dienen wollen, da er in der Frau sofort eine Erpresserin vor sich sah.

Der als erster Zeuge vernommene Vorunterjuchungsführer Landgerichtsrat H. bekundet, daß B. an ihn herangetreten sei, um ihm etwas zu fragen. Nach Ansicht des Zeugen müßten die S und andere Zeugen gehört haben, daß sie um 4 Uhr wiederkommen solle. Trotzdem erschien die S nicht. Der Angeklagte B. macht den Zeugen H. darauf aufmerksam, daß die Zeugen nicht im Wartezaum standen, wie der Zeuge H. angebe. Der Angeklagte bittet, diese für ihn wichtige Aussage des Zeugen H. besonders festzuhalten. Die dann vernommene Zeugin He. belastet auch in der heutigen Verhandlung den Angeklagten P. schwer.

Der Polizeihauptwachtmeister T. wird befragt, ob P. zu ihm kam, um Auskunft über verschiedene Mädchen zu holen, die er gern einmal sprechen möchte. T. bestätigt das und fügt hinzu, daß die Glaubwürdigkeit der Kontrollmädchen meistens nicht weit her sei.

Der Polizeiwachtmeister Pa. als nächster Zeuge bestätigt die Angaben des Zeugen T. Besonders betont P. noch, daß der Angeklagte B. sich über Gerichte und Gerichtspersonen stets mit größter Verachtung geäußert habe. Dem Angeklagten P. stellt der Zeuge Pa. noch insofern ein gutes Zeugnis aus, als dieser mit ihm bei der Marine gedient habe und bei Vorgesetzten und Kameraden gleich beliebt gewesen sei. — Die bereits gestern verhörten Zeuginnen wiederholen auch heute ihre Aussagen in bezug auf den Angeklagten P. Eine Zeugin H. unterstreicht die Angaben des Angeklagten P. in bezug auf die Unterredung B.'s mit dem Untersuchungsrichter H. auf dem Amtsgerichtsflur.

Die Verhandlung dauert an.

Beratung des Voranschlages in Nordenham.

(Schluß des Berichts aus der Beilage.)

Namens der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion führt St.-M. Denker aus: Das Etatsjahr 1930/31 wird unter dem Zeichen einer sinkenden Wirtschaftskonjunktur stehen. Wenn es der Stadt Nordenham gelungen ist, einen Etat herauszubringen, der trotz dieser Merkmale zum Ausgleich gebracht ist, so können wir mit diesem Resultat zufrieden sein. Wir wollen hierbei nicht verkennen, daß Vorbedingung für den Ausgleich ist, daß die Steuern in der vorgesehenen Höhe eingehen. Wenn nicht eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eintritt, mag das allerdings zweifelhaft sein. Sollte eine Aenderung des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes eintreten, so würde hierdurch in erster Linie das Oldenburger Land einen großen Ausfall an Neuüberweisungen erleiden. Wie sich dann die Dinge entwickeln werden, läßt sich im Augenblick nicht sagen, zumal die bürgerliche Landtagsmehrheit stets bestrebt ist, die Lasten auf die Stadtgemeinden abzuwälzen zugunsten der Landgemeinden.

Ein ganz wichtiger Punkt ist das Erwerbslosenproblem.

Wir erkennen die Arbeit der Nordenhamer Stadtverwaltung in bezug auf Arbeitsbeschaffung voll an und es dürfte das Verdienst des Herrn Bürgermeisters Lahmann sein, daß im Landtag die notwendigen Schritte für umfangreiche Notstandsarbeiten zum Erfolg geführt haben. Wie Herr Bürgermeister Lahmann bereits betont hat, hat die Stadt jetzt 65 ausgesteuerte Erwerbslose zu einer Zeit, wo doch eigentlich überhaupt keine Ausgesteuerte vorhanden sein sollten. Es kann daher gar nicht oft genug an alle Wirtschaftskreise der Appell gerichtet werden, der Stadtverwaltung Nordenham in ihrem Bemühen um Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die ausgesteuerten Erwerbslosen tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wird die Zahl der Ausgesteuerten nicht merklich zurückgehen, so werden die in den Etat eingestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen und werden wir dann mit einem Fehlbetrag rechnen müssen. In Anbetracht dieser Lage beantragen wir:

auf alle nicht zwangsläufigen Ausgaben möglichst zehn Prozent der Beträge einzusparen.

Wir schaffen uns hiermit wenigstens eine kleine Reserve für die Notzeit, wenn auch zugegeben sein mag, daß auch bisher die Fachkommissionen auf Sparsamkeit bedacht waren. Was wesentlich unsern Etat belastet, sind die Betriebsüberschüsse der städtischen Betriebe. Nach dem Voranschlag sollen abführen: die Gasanstalt 36 000 RM., die elektrischen Anlagen 74 000 Reichsmark, die städtische Ziegelei 7000 RM., das sind insgesamt 117 000 RM.

Wir wissen, daß alle Ueberschüsse der Gasanstalt und der elektrischen Anlagen als indirekte Steuern zu werten sind, unsere Fraktion glaubt aber,

die Ueberschüsse der städtischen Betriebe als kleineres Uebel dem chronischen Defizit des Haushalts vorziehen zu müssen.

Gerechterweise müßte der Gaspreis sowie der Preis für eine Kilowattstunde für den Wohlhabenden höher sein als für den aufs knappste mit Existenzmitteln ausgestatteten Arbeiter. Aber unsere Tarife bedeuten eher das Gegenteil, nämlich verschiedene Vorteile für den größeren Verbraucher. Auch mit dieser Frage hat sich unsere Fraktion befaßt und beantragen wir, der Verwaltungsrat der städtischen Betriebe möge baldmöglichst dazu Stellung nehmen, ob nicht eine Verbilligung der Gas- und Elektrizitätspreise für die kleinen Verbraucher eintreten kann. Meine Damen und Herren! Der diesjährige Haushaltsplan gleicht sich in Einnahme und Ausgabe unter den soeben geschilderten Voraussetzungen aus. Der Fehlbetrag aus den Jahren 1925/28 betrug 288 000 Reichsmark. Dieser Betrag konnte im Verlauf des vorigen Rechnungsjahres auf rund 185 000 Reichsmark gesenkt werden. Leider muß mancher Wunsch in kultureller und kommunalpolitischer Hinsicht in Rücksicht auf unsere Finanzlage unerfüllt bleiben. Hoffen wir, daß es bald gelingen möge, durch eine günstige Entwicklung des Wirtschaftslebens diesen Zustand zu beseitigen.

Für die Rechte erklärt St.-M. Blanke, daß alle Kreise der Bevölkerung den wirtschaftlichen Normalzustand herbeisehnten und die städtische Verwaltung ohne diese feste Basis nicht arbeiten könne und sei zuzugeben, daß der Einsparungswille bei der Verwaltung vorhanden sei. Die Zwangslage habe sich dahin ausgewirkt, daß für die Instandsetzung der Schulgebäude keine größeren Beträge vorgesehen seien. Er betont in Verfolg seiner Ausführungen, daß sich die Rechte an einen festen Satz der Senkung der nicht zwangsläufigen Ausgaben nicht binden wolle.

Bürgermeister Lahmann erklärt, daß dem Antrag Denker auf Verminderung aller nicht zwangsläufigen Ausgaben um zehn Prozent keine Bedenken entgegenstehen. — Ratsherr Böning (Bgl.) erklärt, daß der Verwaltungsausschuß dem Antrage Denker entsprechend bereits in der nächsten Sitzung zu den Gas- und Strompreisen Stellung nehmen wolle.

Der Stadtratsvorsitzende Brandt stellt fest, daß beide Fraktionen sich mit ihren Vorschlägen ungefähr berührt hätten.

St.-M. Hummitzsch (Bürgerlich) kann sich für den Antrag Denker nicht erwärmen. Man dürfe zum Bürgermeister das vollste Vertrauen haben, daß irgendwelche überflüssige Ausgaben vermieden würden, wie die Praxis gelehrt habe. Der beste Arbeitgeber sei stets die Stadt gewesen.

St.-M. Tolle (Soz.) schlägt vor, zehn Prozent von der Gesamtsumme der nichtzwangsläufigen Ausgaben einzusparen.

Die Abstimmung

über den Antrag Denker (Soz.), von den nichtzwangsläufigen Ausgaben nach Möglichkeit zehn Prozent einzusparen, ergab zur allgemeinen Ueberraschung Stimmenglaichheit. Da sämtliche Bürgerlichen dagegen stimmten.

Die städtischen Voranschläge wurden dagegen ohne Debatte einstimmig für festgestellt erklärt.

St.-M. Blanke (Bgl.) bittet um Einwirkung auf die Reichsbahn, für bessere Verkehrsverhältnisse bei der Kopftrampe am Bahnhof Sorge zu tragen, da der jetzige Zustand viele Gefahren in sich berge.

St.-M. Weisel (Soz.) macht den Vorschlag, an den Straßenecken Eisenrohre einzulassen, in die bei Festlichkeiten die Masten eingelassen werden könnten, um ein Aufreißen der Fußsteige zu vermeiden.

Um 9 Uhr abends konnte der Stadtratsvorsitzende die zweistündige Sitzung schließen.

Briefkasten.

O. O. Das nächste für unser Gebiet zuständige französische Konsulat hat folgende Anschrift: An das französische Konsulat in Bremen.

Gewerkschaftlicher Versammlungskalender.

ZdA.-Jugend. Donnerstag: Lustiges von der Thüringerwald-Fahrt. Anmeldung zur Nachtfahrt nach Zetel.

Jadestädtische Parteiangelegenheiten.

Bildungsausschuß der SPD. Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung im Parteisekretariat.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Karl Schatz, Rüstringen. — Druck und Verlag: Paul Hug & Co., Rüstringen.

Jadestädtische Umschau.

Prügeleien auf dem Kurkonzert. Beim Beginn des gestrigen Kurkonzertes auf dem Adalbertplatz fing ein jüngerer Mann an, ohne irgendeine Ursache, draufloszuschlagen. Erst versetzte er einer Zivilperson eins auf den Kopf, gleich darauf einem Matrosen. Von einem diensthabenden Schupobeamten wurde der Uebeltäter an einer weiteren Schlägerei verhindert und aufgefordert, zur Polizeiwache zu folgen. Der Grobian benahm sich aber auch gegen den Polizeibeamten sehr widerspenstig und tätlich, so daß er mit Gewalt zur Wache gebracht werden mußte.

Von der Reichsmarine. Die 6. Marineartillerieabteilung ist am 8. Juli vom Truppenübungsplatz Münsingen wieder in ihrem Standort Emden eingetroffen. — Der Flottentender „Hela" mit dem Flottenkommando ist am 8. Juli von Wilhelmshaven kommend in Kiel eingelaufen.

Wetternachrichten aus See. Wind WNW. 3, bewölkt, Seegang 2, Temperatur 16 Grad; — Minsenersand: Wind WNW. 3, bedeckt, See ruhig, Temperatur 14 Grad; — Wangerooge: Wind NW. 3, Seegang 2, Temperatur 16,5 Grad; Voslapp: Wind W. 3, Hochwasser gewöhnlich, Temperatur 16 Gr.; Arngast: Wind W. 2 bis 3, bedeckt, Temperatur 16,5 Grad, Hochwasser 4,02 Meter.

Vom Hafen. Der Dampftonnenleger „Mellum" ist zur Ablösungsfahrt der Feuerschiffsmannschaften heute morgen in See gegangen.

Anzeigenteil für Oldenburg und Umgegend.

Oldenburg

Verdingung

der Glaserarbeiten für den Erweiterungsbau des städtischen Schlachthofes.

Angebote sind bis Montag den 14. Juli 1930, mittags 12 Uhr, beim Stadtbauamt, Zimmer 6, einzureichen.

Verdingungsunterlagen können dort, soweit vorrätig, zum Preise von 0,50 RM. abgefordert werden.

Oldenburg, den 8 Juli 1930.

Der Stadtmagistrat.

Bekanntmachung.

Die Marienstraße zwischen Peterstraße und Steinweg wird wegen Straßenbauarbeiten von Donnerstag, den 10. Juli 1930, ab bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Oldenburg, den 8. Juli 1930.

Der Stadtmagistrat.

Qualitätsware
Likörfabrik, Weinhandlung
EMIL HINRICHS
Oldenburg i. O.
Heiligenstraße 60

Denken Sie beim Einkauf von
Schreibwaren
an die
Volksbuchhandlung
Oldenburg, Achternstr. 4

Bauzeitschrift Oldenburg i. O.
Probenummer!
DRUCKSCHRIFTEN FREI

Bauschutt
kann unentgeltlich abgefahren werden.
Restaurant Alt-Osternburg.

Junger Mann
30 Jahre alt, wünscht bis zum 1. Oktober Betätigung im kaufm. Betrieb event. Filialvertretung. — Offerten unter V 258 an die Exped. des Old. Volksblattes, Achternstr. 4.

Nähmaschinen
stark und zuverlässig. Reparaturen schnell und gut. Bekannt niedrige Preise. Leichte Zeilzahlg.
Rad-Munderloh

Billige Sonderfahrten der Reichsbahn.

An den Rhein und an die Mosel
13. bis 16. Juli 1930.
Prospekt und Auskunft bei den Fahrkartenausgaben und in den Reisebüros.

Nach Borkum und Norderney
am Sonntag, dem 13. Juli 1930.

Fahrplan / Fahrpreise 3. Kl.

		nach Borkum	nach Norderney
7.00 ab	Oldenburg . . . an 23.30	8.80 Mk.	8.00 Mk.
7.17 „	Bad Zwischenahn „ 23.12	8.00 Mk.	7.20 Mk.
12.30 an	Borkum . . . . . an 17.50		
11.00 „	Norderney . . . „ 20.00		

Reichsbahndirektion Oldenburg.

Der Bücherfreund
bezieht seine Lektüre usw. aus der
Volksbuchhandlung Oldenburg Achternstr. 4

Capitol ◆ Colosseum
Ab heute! Mittwoch Ab heute!
bringen wir 2 Grossfilme, die man nicht versäumen darf.
Rod la Rocque in
Johnny braucht Geld!
Ein Sensations-Lustspiel ersten Ranges.
Dazu: Der grosse original japanische Film
Die Flucht nach Yedo!
„B. Z." schreibt: Man hat schon viel über diesen Film gehört — aber wir sind restlos befriedigt. Ein Film, den man gesehen haben muss

Werbt für den Bücherkreis

Pferde-Rennen in WILHELMSHAVEN am 31. August 1930

Landesbibliothek Oldenburg

Wir hatten Gelegenheit, einen großen Posten **Steppdecken** außergewöhnlich billig zu erwerben und bringen diese ab **morgen früh auf Extratischen im Lichthof zum Verkauf**

Steppdecken Ia Satinette-Füllung, 3/4 Wolle . . . . . ca. 130/190 **7.50**
Steppdecken aus gutem Satin, in vielen Farben, 3/4 Wolle, ca. 150/200 15.75 . . . . . ca. 150/190 **10.75**
Steppdecken aus guter Kunstseide, modern gemustert, Füllung 3/4 Wolle, ca. 150/200 19.00 . . . . . ca. 150/190 **15.75**
Steppdecken aus Ia Kunstseide, in neuen modernen Mustern, 3/4 Wolle . . . . . ca. 150/200 29.00 **24.50**
Daunendecken Ia Satinbezug, mit Einschütte **68.00**

Einzelne Steppdecken
in Satin und Ia Kunstseide zu noch nie dagewesenen billigen Preisen

KARSTADT

Kraft-Sonderfahrt
nach Paris und den ehemaligen Schlachtfeldern an der Westfront

vom 29. Juli bis 7. August mit Osterbuhrs großem eleganten Omnibus von Wilhelmshaven über Leer - Groningen - Utrecht - Breda - Antwerpen - Gent - Brügge Ostende - Armentières - Arras - Péronne - St. Quentin - **Paris** - Reims - Verdun - Stenay - Sedan - Charleville - Namur - Aachen - Düsseldorf - Wilhelmshaven.

Fahrpreis Mk. 80.00

einschließlich Besorgung der französischen und belgischen Visen. Gültiger Reisepaß ist bei der Anmeldung vorzulegen. Anmeldung und Auskunft im

Lloyd-Reisebüro Grittel,
Wilhelmshaven, am Bahnhof.

Osterbuhrs Kraftverkehr
Rüstringen, Werftstraße 1.

Trauerdrucksachen liefern Paul Hug & Co.

Nach langem, schwerem Leiden erlöste am 8. Juli ein sanfter Tod meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Johanna Hoffmann

geb. Marter

im 41. Lebensjahre.

In tiefem Schmerze:

August Hoffmann.

Jena, Kasernenstr. 12.

Am 7. Juli 1930 entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Katharine Triebel

geb. Eiben

im Alter von 50 Jahren.

In tiefer Trauer:

Hugo Triebel und Frau
Ernst und **Albert Triebel**
nebst Angehörigen.

Die Einäscherung findet statt am Freitag, nachm. 3.30 Uhr, im Krematorium Friedenstraße.

Nachruf.

Am 7. d. M. verschied plötzlich und unerwartet unser Kollege, der

Polizeiinspektor

Herr Johannes Schuler.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen äußerst aufrichtigen und allgemein hochgeschätzten und beliebten Kollegen.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Rüstringen, den 8. Juli 1930.

Die Beamten der Stadt Rüstringen.

Die Deutschen Lichtspiele
halten immer, was sie versprechen

Wir bringen ab Donnerstag, 10. Juli, den schönsten Film, der jemals gezeigt wurde. Er bringt alles, was man sich von einem Film überhaupt wünschen kann. Er ist ein Tonfilm — den besten den es bisher gibt — er ist eine Operette — nur für Tonfilm geschrieben und komponiert — er ist ein Sammelsurium von Kurzweil, Humor, Liebe, Spannung, kurz — um mit dem Schlagertext zu reden — er ist — — —

1/4 Liebe u. 1/4 Wein, 1/4 Frühling, — verliebt muss man sein!

Zusammen:

Zwei Herzen im 3/4 Takt

der Schlager der Saison in jeder Beziehung. Sehen, hören — und urteilen!

Deutsche Lichtspiele

die sich freuen, Ihnen diesen Tonfilm zeigen zu dürfen!

Hiermit bringe ich zur Kenntnis, dass Herr Anton Schrempp nicht mehr in meinem Geschäft tätig ist und keine Vollmacht mehr besitzt, für mich oder meine Firma irgendwelche Handlungen vorzunehmen. Indem ich hierauf ausdrücklich hinweise, nehme ich gleichzeitig Veranlassung, meine verehrliche Kundschaft um weitere wohlwolleude Unterstützung zu bitten. Sorgfältigste u. preiswerte Bedienung werde ich mir zur vornehmsten Aufgabe machen.

Marianne Schrempp
in Firma: Reformhaus Schrempp.

Deutscher Baugewerksbund
Rüstringen-Wilhelmshaven.

Am Donnerstag, dem 10. Juli, abds. 7.30 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Bundestag und zu den Verbandstagen.

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Bundesmitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband
Filiale Wilhelmshaven-Rüstringen.

Montag, den 14. Juli 1930, abends 8 Uhr

Vierteljahrs-Versammlung

im Gewerkschaftshaus. Kollege Koch ist anwesend

NB. Unser Büro befindet sich im Gewerkschaftshaus 2 Etg., Zimmer 10. — Bürostunden sind dieselben

Die Filialleitung

Verschiedenes

Anfertig. eleg. u. einf. Damengard. bei billigst. Preisen. Off. u. **C. B. 100** an die Exp. d. Bl.

Erteile Unterricht im Schneidern an eigener Garderobe. Frau Louise Reinecke, Schneidermeisterin, Zedelius str. 41, 3. Etage.

Gas-
u. **Kohlenherde, Oefen** und **Kupferkessel,** nur Qualitäts-Markenware zu billigen Preisen Zahlung, wunschgemäß.
Ofenhaus Raddau.

Billig, Billig
führt
Auto-Weiß 1400

Drucksachen aller Art liefern Paul Hug & Co.

Deutsche Eiche
Vareler Wald

Sonntag, 13. Juli nachmittags 3 Uhr, im Garten

Gr. Rothe-Konzert

verbunden mit
Schlachten-Potpourri
und grossem
Brillant-Feuerwerk.

Die Kapelle spielt in Marine-Uniform unter persönlicher Leitung des Ober-Musikmeisters Rothe.

Im Saal ab 4 Uhr:

Großer Fest-Ball

Kapelle Scherf

Eintritt 30 Pf. Eintritt 30 Pf.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Ortsgr. Wiaven-Rüstringen

Mitglieder, die den Ausflug der Ortsgruppe nach Sanderbusch am 20. Juli mitmachen wollen, müssen sich bis spätestens 12. Juli an den Sprechtagen (Donnerstags und Sonnabends) von 5 bis 7 Uhr, im Büro, Peterstraße 52 oder bei den Unterkassierern eintragen lassen. Um eine Uebersicht zu haben, ist auch die Meldung derjenigen erforderlich, vor allem der Kinder die mit dem Rade fahren. Abfahrt Wilhelmshaven, 20. Juli 1930, 9 Uhr, Anlegestelle Kanal, Hindenburgstraße. Bei den Meldungen ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Der Vorstand

Kaninchenzuchtverein Rüstr.-Wiaven

Nachruf!
Hierdurch allen Zuchtfreunden die Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied Herr

Robert Fischer

am 5. Juli verstorben ist. Der Verein wird dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Bevorzugt unsere Inserenten

Rüstringen.

Eine fahrbare Kohlenkippwaage

soll am 10. Juli 1930, nachmittags 3 Uhr, bei Hillmanns Restaurant, Banter Markt, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. Verkauf bestimmt.

Rüstringen, den 7. Juli 1930

Stadtmagistrat.

Kirchenrat Rüstringen-Neuende.

Der Bau eines Abortgebäudes südöstlich von der Kirche im Küsterei garten soll ausbverdungen werden. Zeichnung und Bedingungen liegen in der 1. Pastorei aus, wo auch Angebotsvordrucke zu bekommen sind.

Angebote sind ebendahin bis zum 14. Juli 1930, nachm. 5 Uhr, einzureichen.

Neuende, den 8. Juli 1930.

Toennießen.

Bekanntmachung.

Die Hebungsregister über eine vom Ausschuß beschlossene Umlage für 1930 von 4.— RM. pro ha der beitragspflichtigen Ländereien der Rüstringer-Knyphauser Sielacht und 1 Rpf. für 1 RM. Steuerkapital für die beitragspflichtigen Ländereien des 3. Deichbandes liegen in der Zeit vom 10 bis 18. Juli 1930 auf der Stadtkämmerei Rüstringen zur Einsicht der Genossen aus. Etwaige Einwendungen sind innerhalb dieser Frist beim unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Jever, den 4. Juli 1930.

Vorstand des 3. Deichbandes und Vorstand der Rüstringer-Knyphauser Sielacht

J. A.: Janssen, Reg.-Inspektor.

Besuchen Sie die
Rüstringer Strandhalle

Ia. Speisen und Getränke
Sonntags nachm.: Kaffeekonzert
Dirigent Bruno Döring

Mittwoch, 9. Juli 1930

Abendfahrt in See

mit Bäderdampfer „Stadt Rüstringen" ab I. Einf. 21.00 Uhr. Fahrpreis **1.-**

Musik **Tanz**

Stellengesuche

Jg. Frau sucht Stelle 1. Treppenhausreinigen. Offerten unter **R 9542** an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen

Ein groß. eis. Blumenständer zu verkaufen. Rüstringer Straße 10, 2. Etage rechts.

Motorrad (steuerfrei), gut in Ordnung, gegen bar zu verk. **A. Nobbe,** Altengroden 81.

Kaninchen zu verkaufen
Hinrichs,
Bismarckstraße 251.

NSU.-Motorrad (Mod. 21), in gut. Zust., bill. zu verk. Obo-Wiemken-Straße 3a, 2. Etg. l.

Gut erh. Schlafz.-Einrichtg., Damenrad, Stütz. Kleiderschrank u. Kommode zu verk. **Claußen,** Seedeichstraße 2.

Zukauf gesucht

Ein Gaskocher zu kaufen gesucht. — Offerten unter **R 9543** an die Exped. d. Bl.

Metall-Bettstellen zu kaufen gesucht. — Offerten unter **R 9574** an die Exped. d. Bl.

Zu vermieten

Möbl. Zimmer, auch für Badegäste, zu vermieten. Müllerstraße 1, 2. Etg.

Zu miet. gesucht

2- bis 3-Zimmer-Wohnung gesucht. Offerten unter **R 9550** an die Expedition d. Bl.

5-, 6- bis 7-Zimmer-Wohnung gesucht. Offerten unter **R 9549** an die Expedition d. Bl.

Barnecke, Müllerstr. 30, 2. Etage.

Zimmer
sucht ständig für Feriengäste
Kur- Wohnungsmarkt Luckenwalde. Porto erb.

Zu tauschen

Biete schöne 4r. Wohn. in der Kieler Str.; suche schöne 3r. Wohnung in Wiaven. Off. unt. **Z. 731** an die Exp. d. Bl.

Statt Karten.

Plötzlich und unerwartet starb gestern in seiner Heimatstadt München mein Mann, unser guter Vater, der

Polizei-Inspektor (Leutnant d. R.)

Hans Schuler

Henny Schuler, geb. Ulrichs
Käthe Schuler
Marga Schuler

Rüstringen, den 8. Juli 1930.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Landesbibliothek Oldenburg